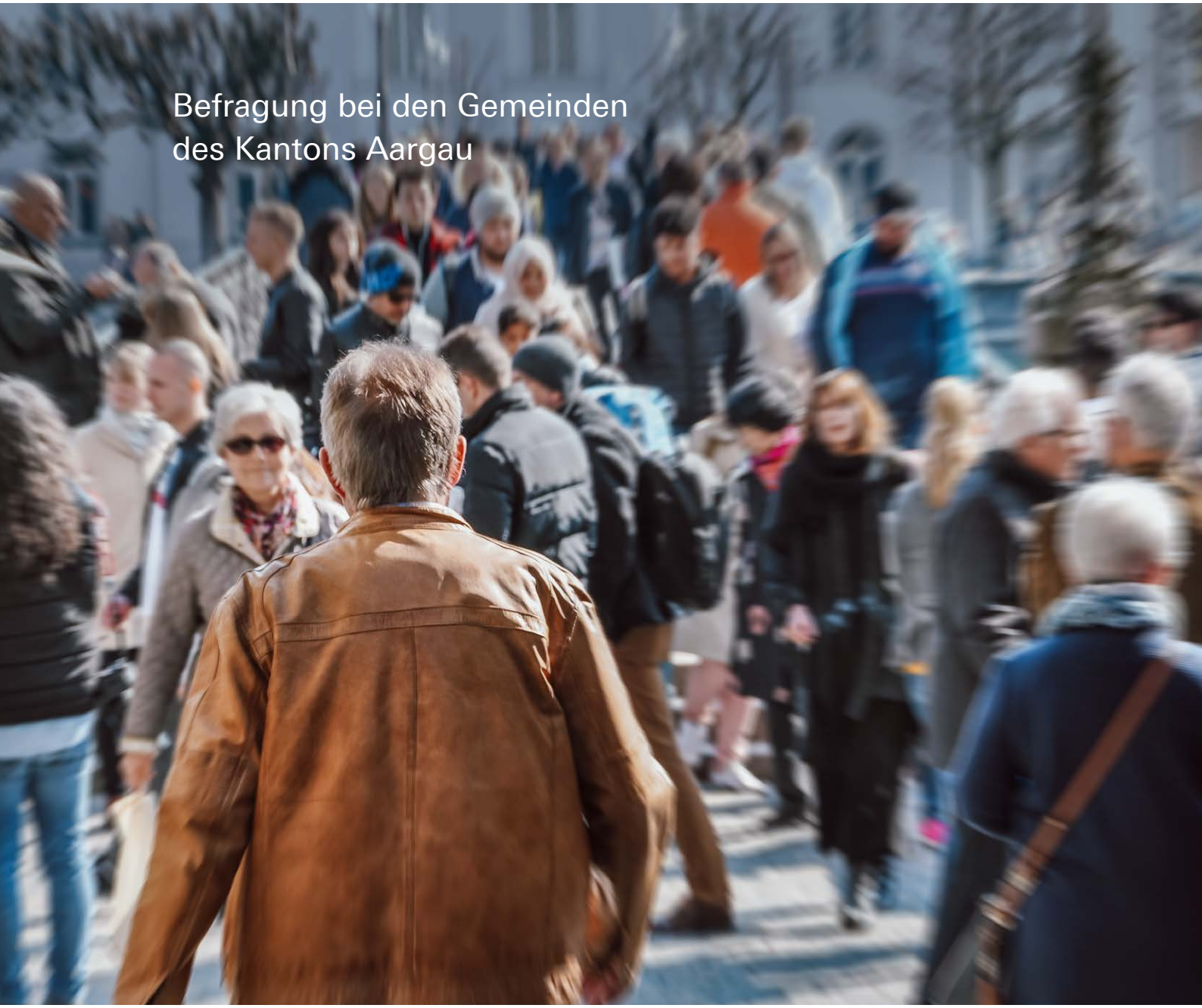
KANTON AARGAU

Bestandsaufnahme zur kommunalen Alterspolitik im Kanton Aargau



Befragung bei den Gemeinden des Kantons Aargau

Aargauer Netzwerk Alter

DEPARTEMENT GESUNDHEIT UND SOZIALES
Kantonaler Sozialdienst

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 4

Einleitung

1.1	**Ausgangslage**	**6**
1.2	**Zielsetzung**	**6**
1.3	**Methodisches Vorgehen**	**7**

Stichprobe

2.1	**Allgemeine Informationen**	**8**
2.2	**Zuordnung der Gemeinden nach Raumtyp und Gemeindegrösse**	**8**
2.2.1	Zuordnung der Gemeinden nach Raumtyp	9
2.2.2	Zuordnung der Gemeinden nach Gemeindegrösse	9
2.3	**Einschätzung der Repräsentativität der Befragung**	**10**

Ergebnisse

3.1	**Organisation der Alterspolitik in den Gemeinden**	**13**
3.1.1	Zuständigkeiten	13
3.1.2	Wie wird Alterspolitik gelebt?	14
3.1.3	Anlauf- und Beratungsstellen für Altersfragen	16
3.1.4	Altersleitbilder und alterspolitische Legislaturziele	17
3.2	**Bedeutung der Alterspolitik in den Gemeinden**	**19**
3.3	**Übersicht über die alterspolitische Ausrichtung der Gemeinden**	**20**
3.3.1	Alterspolitische Themen	20
3.3.2	Angebot an alterspolitischen Dienstleistungen	22
3.3.3	Alterspolitische Projekte	23
3.4	**Umsetzung der alterspolitischen Themen in den Gemeinden**	**24**
3.4.1	Umsetzung	24
3.4.2	Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden	26
3.4.3	Angebote für spezifische Zielgruppen	28
3.4.4	Praxisbeispiele der Gemeinden im Überblick	28
3.5	**Einschätzung der Alterspolitik durch die Gemeinden**	**30**
3.5.1	Abdeckung alterspolitischer Themen in den Gemeinden	30
3.5.2	Einschätzung Alterspolitik der Zukunft	33
3.6	**Einfluss der Corona Pandemie auf die Alterspolitik der Gemeinden**	**35**
3.7	**Entwicklungen in der Alterspolitik seit 2017**	**39**
3.7.1	Gegenüberstellung der Ausgestaltung der Alterspolitik von 2017 und 2020/2021	39
3.7.2	Wohnen im Alter als Schwerpunktsthema	42
3.7.3	Einschätzung der Alterspolitik der Zukunft – 2017 versus 2020/2021	43

Fazit 45

Verzeichnisse

5.1	Abbildungsverzeichnis	46
5.2	Tabellenverzeichnis	46
5.3	Literaturverzeichnis	46

Anhang

6.1	Überblick Zuteilung der einzelnen Gemeinden zu Raumtyp und Gemeindegrösse	47

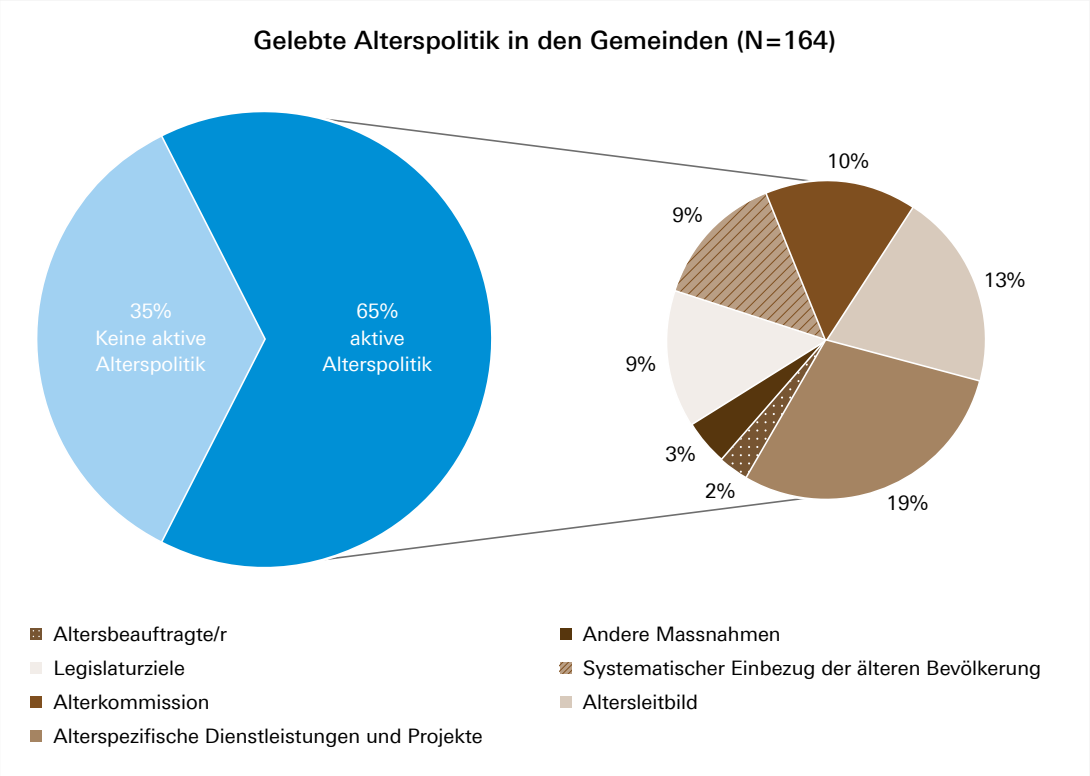
Zusammenfassung

Zwischen November 2020 und Februar 2021 wurde im Auftrag des Aargauer Netzwerks Alter und der Fachstelle Alter und Familie des Kantons eine Umfrage bei den Aargauer Gemeinden durchgeführt. Diese ausführliche Bestandsaufnahme führte die Berner Fachhochschule Institut Alter durch. Sie soll aufzeigen wie Alterspolitik im Kanton Aargau gelebt wird und welche Themen für die Zukunft wichtig sein werden.

164 Gemeinden haben die Umfrage beantwortet. Die Rücklaufquote beträgt somit 77.7%. Dabei wurde die Repräsentativität nach Gemeindegrösse, Bezirk und Gemeindetypologie beachtet. Die Umfrage ist somit aussagekräftig.

Gelebte Alterspolitik in den Gemeinden

Die Gemeinden wurden zur gelebten Form ihrer Alterspolitik befragt. Unter Alterspolitik verstehen wir die Arbeit, welche die Autonomie älterer Menschen und deren gesellschaftliche Integration fördert. Ziel alterspolitischer Massnahmen ist es, der älteren Bevölkerung in der Gemeinde zu ermöglichen so lange wie möglich zu Hause wohnen zu bleiben und ihr Leben möglichst selbstbestimmt und selbstverantwortlich gestalten zu können. Dabei zeigt sich, dass 35% der Gemeinde angeben keine aktive Alterspolitik zu betreiben. Im Vergleich, 2017 haben in der Umfrage mit vergleichbaren Rücklaufquote 48% der Gemeinden angegeben keine Alterspolitik zu betreiben.



Bei den alterspolitisch aktiven Gemeinden besitzen 22% explizite startegische Grundlagen in Form von Altersleitbild oder Legislaturzielen. Gemeinden mit einem Altersleitbild und/oder mit alterspolitischen Legislaturzielen sind erwiesenermassen aktiver bei der Lancierung von spezifischen Projekten und Massnahmen im Altersbereich.

Bedeutung der Alterspolitik

Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, wie wichtig das Thema Alterspolitik in ihrer Gemeinde ist. 42% der Gemeinden sprachen der Alterspolitik in ihrer Gemeinde auf der Skala von 1 (gar nicht wichtig) bis 10 (sehr wichtig) mit 8 oder mehr Punkten eine hohe Bedeutung zu. Im Gegenzug bezeichnen nur 3.5% der Gemeinden die Alterspolitik als unwichtig (3 Punkte oder weniger).

Themenabdeckung in den Gemeinden

Bei der Frage, welche Themen die Alterspolitik der Gemeinde durch Projekte, Massnahmen oder Kooperationen abdeckt, zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der Gemeinden die Themen des sozialen Einbezugs und des Zusammenlebens, Kommunikation und Information sowie Öffentlicher Raum und Verkehr aktiv bearbeiten. Die Themen welche weniger als ein Drittel der Gemeinden bearbeiten sind Freiwilligenarbeit, Vernetzung und Koordination und die Verankerung der Alterspolitik in der Gemeinden.

Dabei wurde im Fragenblock zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie ersichtlich, dass das gesellschaftliche Zusammenleben und der soziale Einbezug durch die erlebten Einschränkungen an Wichtigkeit gewonnen haben. Die Bereiche Alterspolitik, also die Verankerung von alterspolitischen Strukturen in der Gemeinde und der Vernetzung und Koordination sind aktuell durch die Gemeinden am wenigsten abgedeckt.

Bedarfsgerechte Alterspolitik heute und in Zukunft

Zum Schluss wurden die Befragten gebeten, zum einen eine Einschätzung vorzunehmen, wie gut der Bedarf von älteren Menschen bezüglich alterspolitischer Themen in ihrer Gemeinde abgedeckt ist und zum anderen, welche Themen in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.

Die Themen Kommunikation und Information und Gesellschaftliches Leben werden gemäss den Befragten somit aktuell bereits am besten abgedeckt. Während die Themen Wohnen, Verkehr, Vernetzung und Koordination sowie die Verankerung der Alterspolitik aktuell dem Bedarf der älteren Bevölkerung noch nicht vollständig oder knapp zufriedenstellend gedeckt werden.

Bei der Frage nach der notwendigen Abdeckung der Themen in der Zukunft, wird von den beantwortenden Gemeinden eingeschätzt, dass sämtliche Themen der Alterspolitik weiter an Wichtigkeit gewinnen werden. Kommunikation und Information werden aktuell am besten abgedeckt und werden auch in Zukunft zentral bleiben. Den grössten Handlungsbedarf identifizieren die Befragten bei den Themen: Sozialer Einbezug (Partizipation), Vernetzung und Koordination, Wohnen, Verkehr und Verankerung der Alterspolitik in der Gemeinde.

2017 schätzten die Gemeinden Wohnen im Alter als wichtigstes Thema für die Zukunft ein, dicht gefolgt von Information und Kommunikation. 2021 steht Kommunikation und Information an der Spitze gefolgt von gesellschaftlichem Zusammenleben und sozialem Einbezug, an dritter Stelle wird Gesundheit aufgeführt und in vierter Position Wohnen im Alter.

Einleitung

1.1
Ausgangslage

Die Fachstelle Alter und Familie im Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau hat die Aufgabe Gemeinden und Organisationen bei der Umsetzung der Alterspolitik im Kanton Aargau zu unterstützen. Diese Unterstützung erfolgt insbesondere über fachliche Beratung und die Erarbeitung von Hilfsmitteln, wie Checklisten (z. B Bedarfsanalyse der Bevölkerung in der Gemeinde), Grundlagen für die Arbeiten in den Gemeinden (z. B Broschüre «Älter werden in ...» als Vorlage) oder Handbücher (z. B Wohnen im Alter für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte). Auch die Vernetzung der Akteure ist Teil der Aufgaben (z. B Aargauer Netzwerk Alter oder kantonaler Alterskongress).

Das Aargauer Netzwerk Alter bezweckt die aktive Förderung und Verbreitung der Altersarbeit sowie die Vernetzung aller interessierten Gemeinden und Organisationen im Kanton Aargau. Mitglieder sind rund 50 Gemeinden und 70 Organisation, welche im alterspolitischen Bereich im Kanton Aargau aktiv sind. Die Mitgliederversammlung 2020 hat entschieden, dass das Aargauer Netzwerk Alter die Vorarbeiten für eine systematische Dokumentation des alterspolitischen Wissens in Angriff nehmen soll. Die Bestandsaufnahme ist der erste Schritt dazu.

Die Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau und das Aargauer Netzwerk Alter möchten die Gemeinden und Organisationen in der Umsetzung der Alterspolitik auf kommunaler und regionaler Ebene unterstützen. Im Jahre 2017 wurde eine erste Umfrage bei den Gemeinden durchgeführt, um den Ist-Zustand der Alterspolitik im Kanton Aargau zu eruieren und Erkenntnisse zu möglichen Unterstützungsdienstleistungen der Fachstelle Alter und Familie für die Gemeinden zu gewinnen. Ende 2020/Anfang 2021wurde eine ausführlichere Ist-Analyse im Kanton Aargau durchgeführt mit dem Ziel, gefestigte Daten zur alterspolitischen Landschaft im Kanton Aargau zu erheben. Insbesondere geht es darum zu eruieren, wie die 210 Gemeinden im Kanton Alterspolitik betreiben, mit welchen Themen sie konfrontiert sind, wo eine zusätzliche Vernetzung oder Erfahrungsaustausch lohnend und welche Instrumente genutzt werden oder notwendig wären.

Basierend auf der Bestandsaufnahme werden das Aargauer Netzwerk Alter und die Fachstelle Alter und Familie ihre Dienstleistungen für Gemeinden und Organisationen weiterentwickeln.

1.2
Zielsetzung

Die Bestandsaufnahme zeigt auf, wie Alterspolitik aktuell im Kanton Aargau umgesetzt und gelebt wird. Diese Übersicht ist zentral, um die kantonale Alterspolitik in den nächsten Jahren auf die Bedürfnisse der Gemeinden und der Akteure auszurichten.

Indikatoren sind unter anderem:
- Vorhandene Instrumente, Konzepte, Strategien und Leitbilder im Altersbereich
- Bestehende Dienstleistungen der Gemeinden
- Bestehende Dienstleistungen anderer Akteure
- Durch die Gemeinden finanzierte oder unterstütze Aktivitäten, Dienstleistungen und Projekte
- Regionale Zusammenarbeitsformen und Beispiele

Die Bestandsaufnahme leuchtet zudem aus, wie sich der alterspolitische Bereich im Aargau wandelt und welche Themen wichtig sind und sein werden. Dazu wird die aktuelle Umsetzung der Alterspolitik, bzw. deren Wichtigkeit evaluiert und die Themen erhoben werden, welche Gemeinden und andere Akteure beschäftigen.

1.3
Methodisches Vorgehen

Um ein möglich vollständiges Bild der Alterspolitik im Kanton Aargau zu erhalten und die Unterschiede zwischen den Gemeinden zu berücksichtigen, wurde im Rahmen dieser Studie alle 210 Aargauer gemeinde befragt.

Für die Befragung wurde in Zusammenarbeit zwischen den Auftraggebenden und der Berner Fachhochschule ein Online-Fragebogen entwickelt, der mit einer Einladung zur Teilnahme an der Bestandesaufnahme elektronisch als Link an die Gemeinden verschickt wurde. Nachdem eine zufriedenstellende Rücklaufquote von mehr als zwei Dritteln der Gemeinden erzielt wurde, wurde die Umfrage abgeschlossen. Die Daten wurden elektronisch an die Berner Fachhochschule, Institut Alter, zur Aufarbeitung, Analyse und Interpretation übermittelt, wo sie auf einem geschützten Laufwerk gesichert und weiterverarbeitet wurden.

Die Auswertung der Daten erfolgte mittels einer quantitativen deskriptivstatistischer Datenanalyse und verfolgte das Ziel, eine Übersicht über die Gesamtdatenlage zu gewähren sowie Unterschiede zwischen unterschiedlichen Raumtypen (städtische, periurbane und ländliche Gemeinden) aufzuzeigen. Dazu wurde die, auf die Gemeindetypologie 2012 des Bundesamts für Statistik (BFS) basierende, Stadt/Land-Typologie 2012 benutzt. Die Gemeinden werden nach Grösse, Dichte und Erreichbarkeit 9 Kategorien zugeordnet, welche zu 3 Hauptkategorien zusammengefasst werden: Städtische Gemeinden, ländliche Gemeinden und intermediäre Gemeinden. Letztere besitzen städtische wie auch ländliche Merkmale. Alle Gemeinden des Kantons und deren Zuteilung zu einem Raumtyp befinden sich im Anhang 6.1. Wenn immer möglich wurde auch ein Vergleich zu den Daten aus dem Jahr 2017 gezogen, wofür eine Unterteilung der Daten in Gemeindegr sse vollzogen wurde.

Zusätzlich zu den Ergebnissen, welche in diesem Bericht abgebildet wurden, erhielten die Auftraggebenden als separates Dokument detailliertere Zusammenfassungen der offenen Angaben aus der Befragung. So können auch diese Antworten von ihnen weiterverarbeitet werden.

Stichprobe

2.1
Allgemeine Informationen

Der Online-Fragebogen wurde an 210 Gemeinden verschickt. Davon haben 164 Gemeinden an der Befragung teilgenommen. Die Gruppe der ausfüllenden Personen ist heterogen; ihre Funktionen in der Gemeinde variieren. In einigen Gemeinden gibt es Fachstellen in den Bereichen Alter, Gesundheit, Gesellschaft, Koordination von (Alters-)Netzwerken und Freiwilligenarbeit oder ähnliches und die verantwortlichen Personen haben sich dem Fragebogen gewidmet (7 Nennungen und 4.3%) oder die Leitung der Sozialen Dienste (7 Nennungen und 4.3%). Am häufigsten (75 Nennungen und 45.7%) füllten jedoch Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte die Befragung aus. Mit 71 Nennungen und damit 43.3% waren Personen mit der Funktion der Verwaltungsleitung fast so oft die ausfüllenden Personen. Tabelle 1 vermittelt eine detaillierte Übersicht zu den verschiedenen Personengruppen.

Funktion in den Gemeinden	Häufigkeit	Prozente
Gemeinderätin oder Gemeinderat	75	45.7
Verwaltungsleitung	71	43.3
Kommunale Fachstelle Alter	7	4.3
Leitung Soziale Dienste	7	4.3
Sachbearbeitung, Einwohnerdienst	2	1.2
Präsident Alterskommission	1	0.6
Leitung Einwohnerdienste	1	0.6
Gesamt	164	100.0

Tabelle 1: Stichprobe: Funktion in der Gemeinde

2.2
Zuordnung der Gemeinden nach Raumtyp und Gemeindegrösse

Die Gemeinden wurden für die Berichterstattung in drei verschiedene Raumtypen unterteilt; in städtische, ländliche und intermediäre Gemeinden. Die räumlichen Gliederungen basieren auf den vom Bundesamt für Statistik (BFS) zur Verfügung gestellten Stadt/Land-Typologien 2012[1]. Um die Daten aus der diesjährigen Befragung mit derjenigen von 2017 vergleichen zu können, wurden die Gemeinden gegebenenfalls auch nach der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner in vier vers chiedenen Gemeindegrössen kategorisiert. Dies sind kleine Gemeinden mit bis 2'000 Einwohnende, mittlere Gemeinden von 2'001 bis 5'000 Einwohnenden, grössere Gemeinden von 5'001 bis 10'000 und grosse Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnenden. Diese Unterscheidungen geben Hinweise auf Unterschiede in der Alterspolitik von ländlichen und städtischen sowie von grösseren und kleineren Gemeinden. Bei einigen Fragen konnten zwar Unterschiede in den genannten Antworten zwischen diesen unterschiedlichen Gemeindekategorien festgestellt werden, aufgrund der beschränkten Fallzahlen in einigen Kategorien waren diese Unterschiede aber nicht immer statistisch signifikant. Bei der Darstellung der Resultate wird daher jeweils darauf hingewiesen, ob es sich um einen statistisch signifikanten Wert handelt oder ob der Unterschied einfach in seiner Tendenz erkannt werden kann.

[1] Bundesamt für Statistik (2017) Stadt/Land-Typologie 2012, www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/karten.assetdetail.2543323.html

2.2.1 Zuordnung der Gemeinden nach Raumtyp

Bezüglich der räumlichen Kategorie können 41 der befragten Gemeinden (25%) dem städtischen Raum zugeteilt werden (zum Beispiel Aarau oder Killwangen). 56 Gemeinden (34.1%) gehören dem ländlichen Raum an (zum Beispiel Dintikon oder Reitnau). Mit 67 Gemeinden den grössten Anteil (40.9%) bilden Gemeinden in der Kategorie intermediärer Raum – also weder ländliche noch städtische Gemeinden, sondern Gemeinden mit einem dichten periurbanen Raum in ländlichen Zentren (zum Beispiel Schupfart, Zetziwil) (vgl. Abbildung 1).

2.2.2 Zuordnung der Gemeinden nach Gemeindegrösse

Von den befragten 164 Gemeinden lassen sich aufgrund der Einwohnendenzahl die meisten Gemeinden (77 Gemeinden, 47%) der ersten Kategorie mit bis zu 2‘000 Einwohnenden zuordnen (kleine Gemeinde). 60 Gemeinden (36.6%) wurden in die Kategorie der mittleren Gemeindegrösse mit 2‘001 bis 5‘000 Bewohnende eingeteilt. Die dritte Kategorie der grösseren Gemeinden mit 5‘001 bis 10‘000 Personen bildeten 17 Gemeinden (10.4%). Mit 10 Gemeinden (6.1%) weist die Kategorie der grossen Gemeinden mit mehr als 10‘000 Einwohnenden die kleinste Fallzahl auf (vgl. Abbildung 2). Das bedeutet, dass es sich beim grössten Anteil der befragten Gemeinden im Kanton Aargau um kleine oder mittlere Gemeinden handelt.

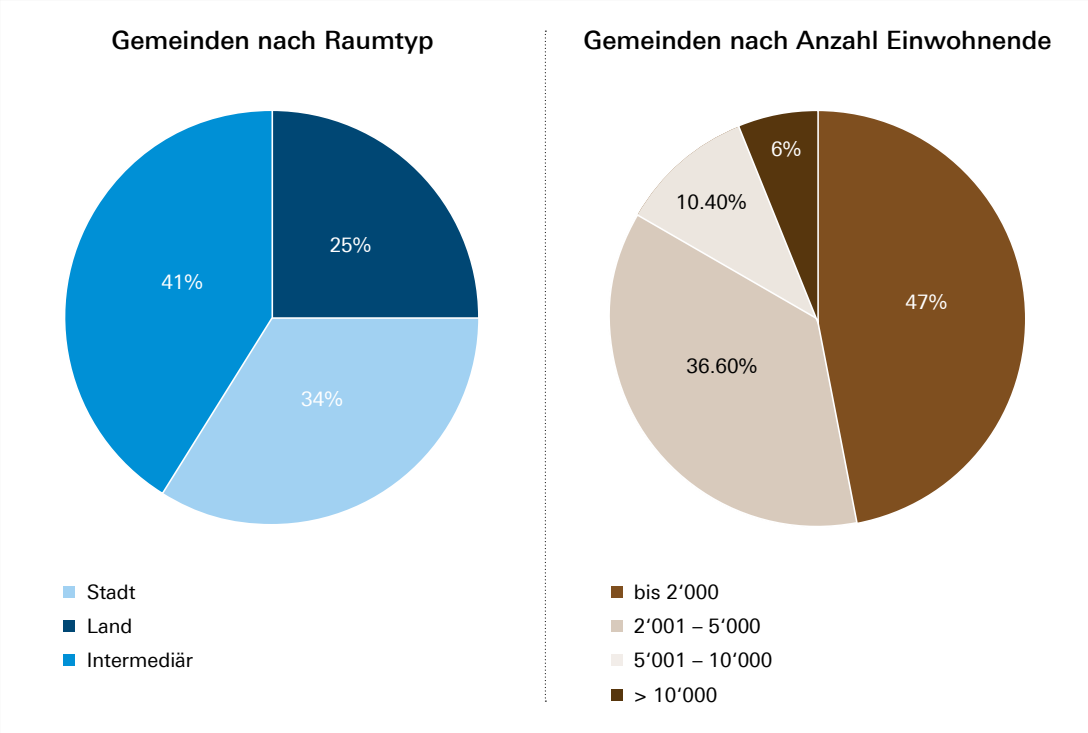


Abbildung 1: Teilnehmende Gemeinden nach Raumtyp

Abbildung 2: Teilnehmende Gemeinden nach Anzahl Einwohnende

2.3
Einschätzung der Repräsentativität der Befragung

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, ob sich diejenigen Gemeinden, welche an der Befragung teilgenommen haben, von denjenigen Gemeinden unterscheiden, welche keine Angaben zu ihrer Alterspolitik übermittelt haben. Dieser Analyseschritt dient dazu abzuklären, ob Verzerrungen in der Stichprobe bei der Interpretation einiger Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Der Vergleich zwischen teilnehmenden Gemeinden und abstinenten Gemeinden wird in Bezug auf den Raumtyp, die Gemeindegrösse und den Bezirk vorgenommen.

Die folgende Tabelle (vgl. Tabelle 2) bietet eine Übersicht darüber, wie gross der jeweilige Anteil der städtischen, ländlichen und periurbanen Gemeinden ist, die den Fragebogen ausgefüllt haben oder nicht.

Lesebeispiel: 41 Gemeinden aus dem städtischen Raumtyp haben an der Befragung teilgenommen. Dies entspricht einem Anteil von 77.4% im Vergleich zu den 12 städtischen Gemeinden, die nicht teilgenommen haben (22,6%). Gesamthaft haben aus dem städtischen Raumtyp 53 Gemeinden teilgenommen. Gesamthaft über alle Raumtypen haben 164 Gemeinden teilgenommen und 46 Gemeinden haben sich enthalten.

Teilnahmebereitschaft nach Raumtyp	Teilnahme		keine Teilnahme		gesamthaft	
städtisch	41	77.4%	12	22.6%	53	100%
ländlich	71	80.0%	14	20.0%	70	100%
intermediär	67	77.0%	20	23.0%	87	100%
gesamthaft	164		46		210	

Tabelle 2: Übersicht über die Teilnahmebereitschaft nach Raumtyp

Visualisiert man den Vergleich in Abbildung 3, zeichnet sich deutlich ab, dass die Teilnahmebereitschaft in allen drei Raumtypen etwa gleich hoch ist und mit keiner Verzerrung der Ergebnisse in Bezug auf diesen Indikator gerechnet werden muss.

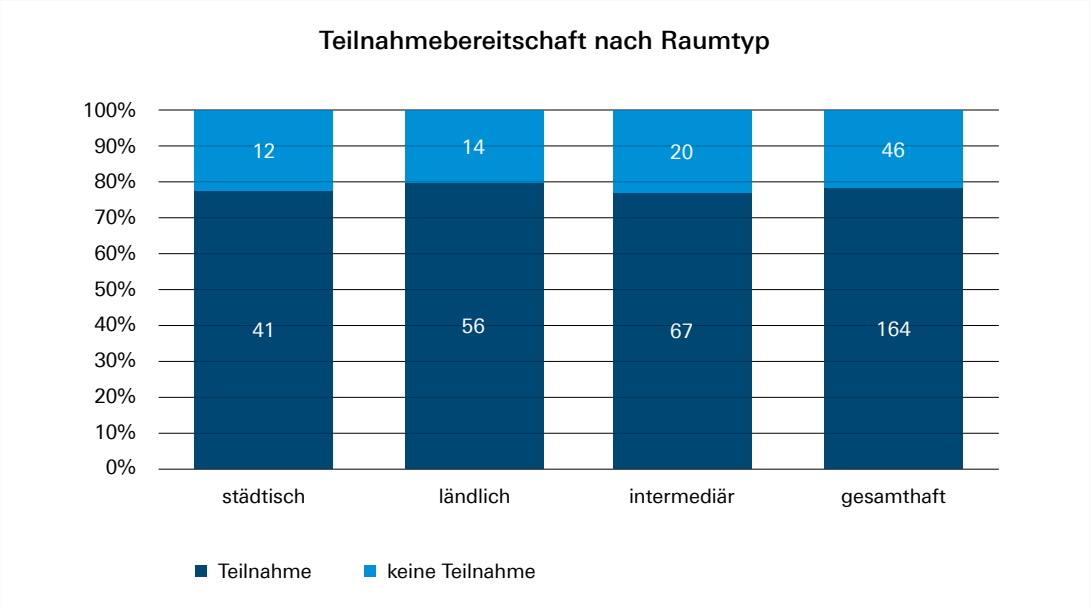


Abbildung 3: Teilnehmen der städtischen, ländlichen und periurbanen Gemeinden im Vergleich

Ein weiterer Vergleich wurde in Bezug auf die Gemeindegrösse vorgenommen. Mit Blick auf Tabelle 3 und Abbildung 4 lässt sich feststellen, dass auch die Einwohnerzahl keinen Einfluss darauf ausübt, ob die Gemeinde an der Befragung teilgenommen hat oder nicht. Nur Gemeinden der Grösse 2001– 5000 haben tendenziell etwas mehr an der Befragung teilgenommen, als sehr kleine oder grössere Gemeinden, doch der Unterschied ist so gering, dass er statistisch kaum ins Gewicht fällt, und daher vernachlässigbar ist.

Teilnahmebereitschaft nach Gemeindegrösse	Teilnahme		keine Teilnahme		gesamthaft	
bis 2’000	77	73.3%	28	26.7%	105	100%
2’001– 5’000	60	84.5%	11	15.5%	71	100%
5’001 – 10’000	17	73.9%	6	26.1%	23	100%
>10’000	10	71.4%	2	28.6%	12	100%
gesamthaft	164		47		211	

Tabelle 3: Teilnahmebereitschaft gemäss Gemeindegrösse

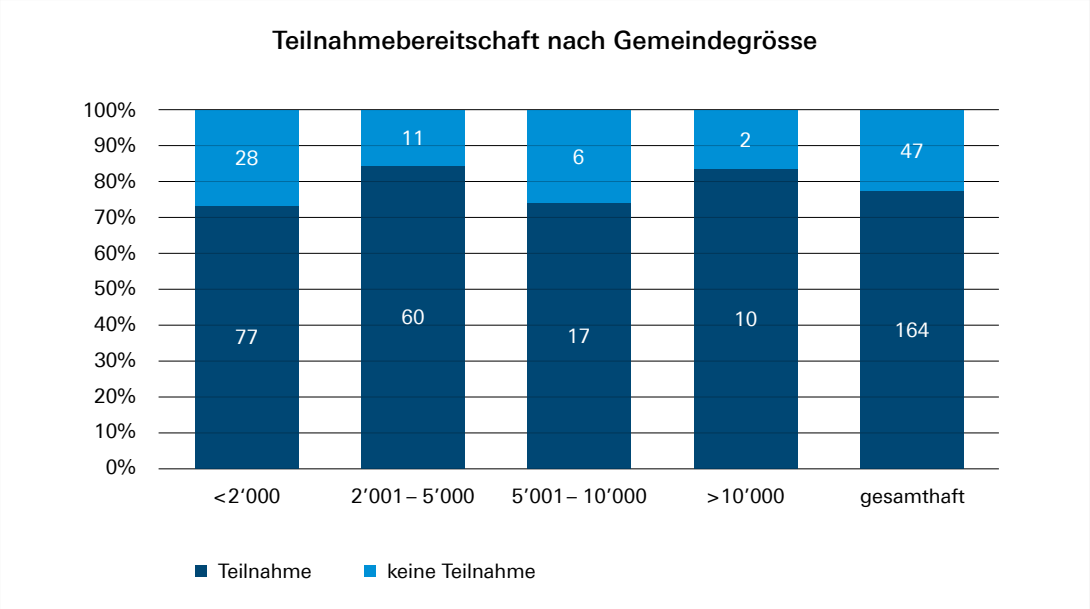


Abbildung 4: Teilnahme der Gemeinden nach Einwohnendenzahl im Vergleich

Unterschiede in der Teilnahme zeigen sich erst, wenn man die Gemeinden nach Bezirk aufschlüsselt. Vergleicht man in jedem Bezirk die Anzahl an Gemeinden, welche an der Befragung teilgenommen hat, mit denen, welche nicht teilgenommen hat, so lässt sich feststellen, dass in den Bezirken Zurzach und Rheinfelden mit einer Teilnahmequote von knapp unter zwei Dritteln der Gemeinden weniger Gemeinden auf die Anfrage zur Studienteilnahme reagiert haben (vgl. Tabelle 4). Sehr gut vertreten sind hingegen die Bezirke Kulm (94.1%), Laufenburg (88.9%) und Brugg (87.0%), bei denen eine sehr hohe Rücklaufsquote erreicht werden konnte.

Anteil teilnehmender Gemeinden	Prozent
Kulm	94.1
Laufenburg	88.9
Brugg	87.0
Aarau	83.3
Baden	80.8
Lenzburg	80.0
Muri	73.7
Bremgarten	72.7
Zofingen	70.6
Rheinfelden	64.3
Zurzach	63.6

Tabelle 4: Teilnahmbereitschaft in den Bezirken

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass mit einer Gesamtrücklaufquote von fast 78% und einer vergleichbaren Teilnahmebereitschaft von kleineren und grösseren Gemeinden sowie von ländlichen, periurbanen und städtischen Gemeinden eine gute Repräsentativität der Stichprobe erzielt werden konnte.

Ergebnisse

Mit der Befragung wurde die aktuelle Ausrichtung der Alterspolitik in den Gemeinden des Kantons Aargau erfasst. Unter Alterspolitik verstehen wir die Arbeit, welche die Autonomie älterer Menschen und deren gesellschaftliche Integration fördert. Ziel alterspolitischer Massnahmen ist es, der älteren Bevölkerung in der Gemeinde zu ermöglichen so lange wie möglich zu Hause wohnen zu bleiben und ihr Leben möglichst selbstbestimmt und selbstverantwortlich gestalten zu können. Das nachfolgende Kapitel stellt die entsprechenden Ergebnisse der Befragung dar.

3.1
Organisation der Alterspolitik in den Gemeinden

3.1.1 Zuständigkeiten

Alle 164 Befragten beantworteten, wer in der Gemeinde für den Bereich Alter und Alterspolitik zuständig ist (Mehrfachnennung möglich). Mehrheitlich ist mit knapp 94% der Antworten der Gemeinderat zuständig, gefolgt von einer Alters- oder Seniorenkommission (14.6%).

Bei knapp 16% der Antworten wurden Stellen wie beispielsweise die Sozialen Dienste (4.2%), diverse kommunale Fachstellen innerhalb der Gemeinde (4.2%) und andere Verwaltungsleitungen (7.3%) usw. genannt. Tabelle 6 vermittelt eine detaillierte Übersicht zu den 16 % der Antworten für anderweitige Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung.

Zuständige Stelle in der Verwaltung	Häufigkeit	Prozente
Verwaltungsleitung (Gemeindekanzlei, SVA-Stelle, Einwohnerdienste u. a.)	12	7.3
Soziale Dienste	7	4.2
Kommunale Fachstellen Alter	7	4.2
Gesamt	26	15.9

Tabelle 5: Zuständige Stelle für die Alterspolitik innerhalb der Verwaltung

Bei knapp 10% der aargauischen Gemeinden sind keine gemeindeinternen Stellen für den Bereich Alter und Alterspolitik zuständig. Diese Gemeinden haben jedoch auf andere Stellen hingewiesen, die zwar nicht zuständig sind für den Bereich Alter und Alterspolitik, jedoch Angebote für ältere Personen aufweisen. Dies sind die Pro Senectute (3%), Vereine (3%), Kirchen (1,2%) und mit je 0.6% die Spitex, die Betreuung Mittagstisch sowie der Gemeindeverband aus dem Sozialbereichsbezirk. Keine Angaben zu irgendwelchen Stellen und Angebote für ältere Personen haben 2,4% der Gemeinden machen können.

3.1.2 Wie wird Alterspolitik gelebt?

Um von den Befragten zu erfahren, wie die Alterspolitik in ihrer Gemeinde gelebt wird, wurden sie aufgefordert, aus einer Liste unterschiedlicher Umsetzungsmassnahmen diejenigen anzugeben, welche in ihrer Gemeinde Anwendung finden (Mehrfachnennungen möglich). Zusätzlich bestand die Möglichkeit «weitere Massnahmen und Instrumente» selbst zu benennen. Alle 164 Befragten haben diese Frage beantwortet. Gesamthaft über alle Gemeinden verfügen 65% der Gemeinden über eine aktive Alterspolitik, 35% der Gemeinden geben an, keine aktive Alterspolitik zu betreiben. Abbildung 5 gibt einen Überblick über die angewandten Umsetzungsmassnahmen in den alterspolitisch aktiven Gemeinden.

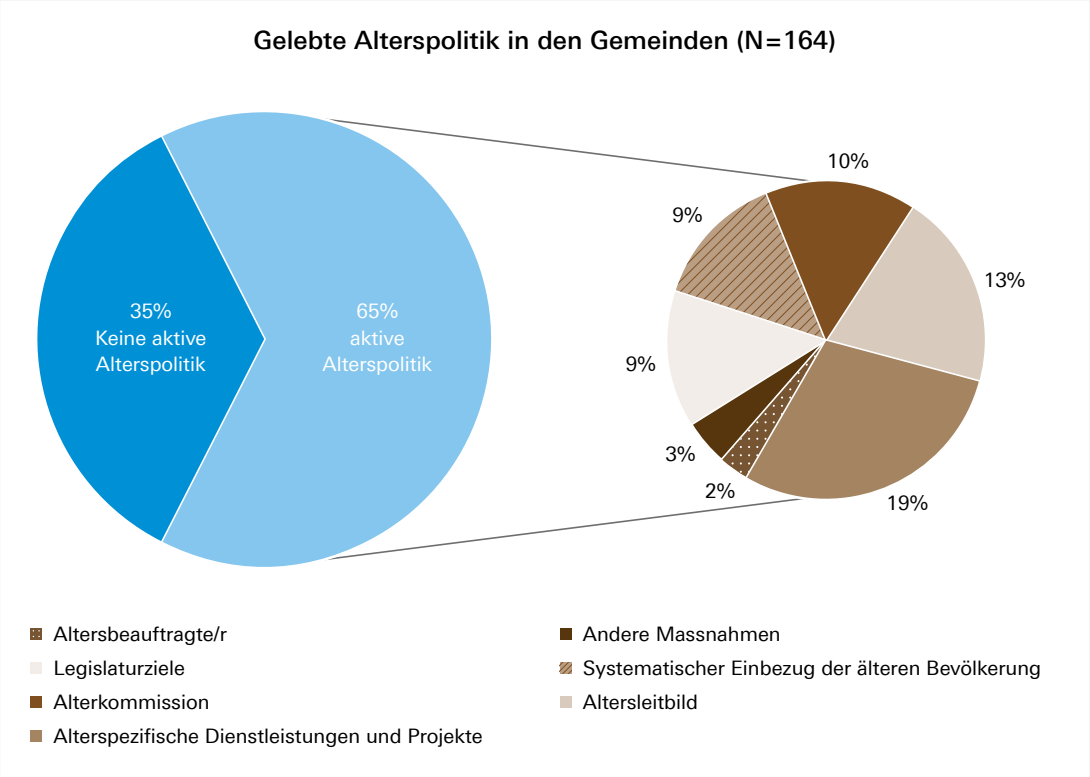


Abbildung 5: Übersicht über die umgesetzten alterpolitischen Massnahmen in den Gemeinden

Tabelle 5 vermittelt eine Übersicht über die Umsetzungsmassnahmen der Alterspolitik in den Gemeinden, getrennt nach Raumtyp. (Mehrfachnennungen waren möglich)

Lesebeispiel: 20 Gemeinden aus dem städtischen Raumtyp haben geantwortet, dass die Alterspolitik in ihrer Gemeinde über altersspezifische Dienstleistungen, Projekte und Aktivitäten gestaltet wird. Dies entspricht einem Anteil von 50% der insgesamt 41 antwortenden Gemeinden des städtischen Raumtyps.

Gelebte Alterspolitik über	Raumtyp städtisch		Raumtyp intermediär		Raumtyp ländlich	
altersspezifische Dienstleistungen, Projekte und Aktivitäten	20	50.0%	18	27.0%	26	46.0%
Legislaturziele	19	46.0%	14	21.0%	28	50.0%
Altersleitbild (kommunal oder regional)	19	46.0%	10	15.0%	15	27.0%
Delegation an Senioren- oder Alterskommission	14	34.0%	3	4.5%	14	25.0%
Systematischen Einbezug der älteren Bev. in Gemeindepolitik	5	12.0%	10	15.0%	15	27.0%
personelle Verankerung (Altersbeauftragte)	4	10.0%	3	5.0%	1	2.0%
Andere Massnahmen und Instrumente	2	5.0%	2	3.0%	7	13.0%
Keine aktive Alterspolitik	12	29.0%	32	48.0%	13	23.0%
Gesamthaft Anzahl Nennungen	95		92		119	

Tabelle 6: Vergleich Alterspolitik der Gemeinden nach Raumtyp

Von den 164 antwortenden Gemeinden gehören 67 dem intermediären, 56 dem ländlichen und 41 dem städtischen Raumtyp an. Dabei fällt auf, dass Gemeinden des intermediären Raumtyps grundsätzlich im Bereich der Alterspolitik viel weniger aktiv sind. Durchschnittlich zeigt sich, dass Gemeinden des intermediären Raumtyps durchschnittlich 0.9 Formen der gelebten Alterspolitik angeben, während ländliche Gemeinden im durchschnitt 1.9 Massnahmen angeben und städtische Gemeinden 2.0. Die Gemeinden der ländlichen und städtischen Raumtypen haben daher signifikant mehr Massnahmen als die Gemeinden der intermediären Raumtypen (Signifikanz bei Legislaturzielen, kommunalen Altersleitbildern, Delegation an Senioren- oder Alterskommissionen). Mehr als doppelt so viele Gemeinden aus dem intermediären Raumtyp verfügen im Vergleich zum ländlichen über keine aktive Alterspolitik. Einzig bei der personellen Verankerung weisen periurbane Gebiete einen leicht höheren Wert auf als der ländlich Raumtyp. Auch im Vergleich zu den Gemeinden aus dem städtischen Raumtyp stehen sie nach. Nur bei dem systematischen Einbezug der älteren Bevölkerung in der Gemeindepolitik sind sie tendenziell engagierter als die Städtischen. Bei diesem Aspekt gibt es ebenfalls einen tendenziellen Unterschied zwischen Gemeinden des städtischen und ländlichen Raumtyps. Die ländlichen Gemeinden beziehen die Bevölkerung über doppelt so oft mit ein, wie die Gemeinden aus dem städtischen Typ. Hingegen verfügen die städtischen Gemeinden im Vergleich zu den ländlichen mehr als doppelt so oft über ein kommunales Altersleitbild.

3.1.3 Anlauf- und Beratungsstellen für Altersfragen

Gemäss Pflegegesetz § 18 sind die Gemeinden verantwortlich dafür, dass eine Anlauf- und Beratungsstelle für Altersfragen zur Verfügung steht. Auf die Frage, ob es in der Gemeinde eine entsprechende Stelle gibt antworteten 162 Personen. Die Antworten zeigten, dass über die Hälfte der Gemeinden (90 Gemeinden) über einen Leistungsvertrag mit der Pro Senectute Aargau und mehr als 23% (38 Gemeinden) über einen solchen mit einer anderen Organisation, wie beispielsweise der Spitex oder einem Pflegeheim, verfügen. Bei rund 10% der Gemeinden (17 Gemeinden) gibt es eine Anlauf- und Beratungsstelle in der kommunalen Verwaltung (beispielsweise eine Fachstelle oder die Gemeindekanzlei). Bei knapp 4% besteht eine Stelle, welche durch Freiwilligenarbeit gedeckt ist. Knapp 7% der Gemeinden hingegen geben an über keine entsprechende Anlauf- und Beratungsstelle zu verfügen. Zusammenfassend lässt sich folgern, dass Dreiviertel der Gemeinden die Beratung gemäss Pflegegesetz über Leistungsverträge an externe (spezialisierte) Anbietende delegieren. Die Abbildung 6 und Tabelle 7 vermitteln dazu eine Übersicht.

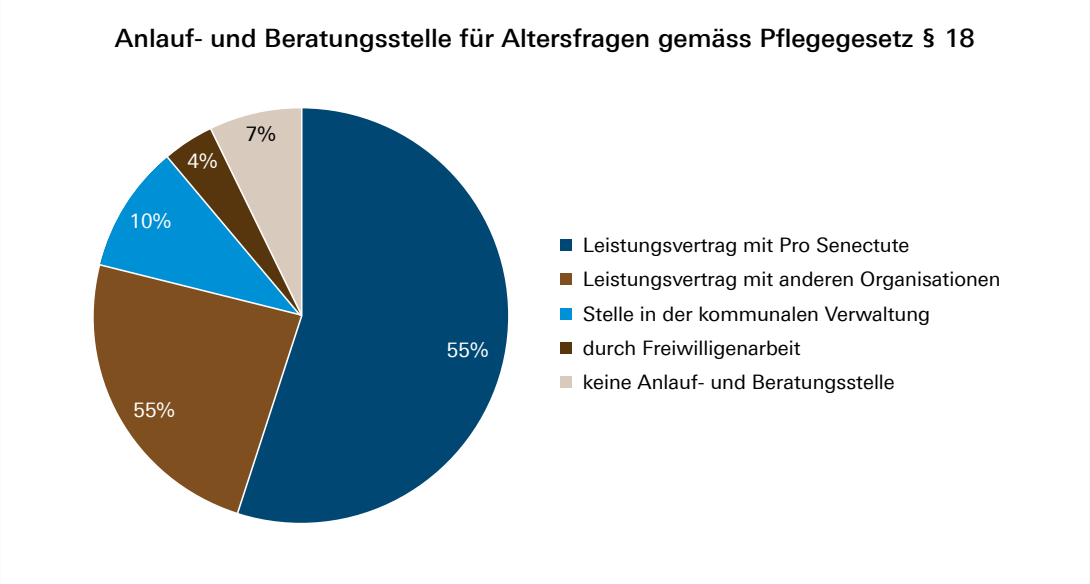


Abbildung 6: Anlauf- und Beratungsstelle für Altersfragen gemäss Pflegegesetz § 18

Einen Vergleich der Gemeinden gesamthaft mit den Gemeinden nach Raumtyp in Bezug auf Anlauf- und Beratungsstellen für Altersfragen ist in der Tabelle 7 ersichtlich. Es gibt keine signifikanten Unterschiede, jedoch die folgenden Tendenzen: Die Gemeinden des städtischen Raumtyps verfügen überdurchschnittlich oft über einen Leistungsvertrag mit der Pro Senectute Kanton Aargau und entsprechend unterdurchschnittlich über einen Vertrag mit anderen Organisationen. Zusätzlich verfügen diese Gemeinden am häufigsten über eigene Anlauf- und Beratungsstellen innerhalb der kommunalen Verwaltung, wo dies hingegen in Gemeinden des intermediären Raumtyps eher wenig vorkommt. Anlauf- und Beratungsstellen mit Freiwilligen werden grundsätzlich nicht oft geführt. Über gar keine Anlauf- und Beratungsstellen verfügen mit rund 10% am häufigsten Gemeinden in ländlichen Gebieten.

Anlauf- und Beratungsstellen	Raumtyp städtisch		Raumtyp intermediär		Raumtyp ländlich		gesamthaft	
Leistungsvertrag mit Pro Senectute	27	65.9%	35	53.8%	28	50.0%	90	55.0%
Leistungsvertrag mit anderer Organisation	5	12.2%	19	29.2%	14	25.0%	38	23.0%
Anlauf- und Beratungsstelle in kommunaler Verwaltung	7	17.1%	4	6.2%	6	10.7%	17	10.0%
Anlauf- und Beratungsstelle durch Freiwillige	1	2.4%	3	4.6%	2	3.6%	6	4.0%
Keine Anlauf- und Beratungsstelle	1	2.4%	4	6.2%	6	10.7%	11	7.0%
gesamthaft	41	100%	65	100%	56	100%	162	100%

Tabelle 7: Vergleich Anlauf- und Beratungsstellen der Gemeinden nach Raumtyp

Bei der Interpretation der Ergebnisse zum Leistungsvertrag mit Pro Senectute gilt es jedoch zu beachten, dass laut Webseite von Pro Senectute 169 Gemeinden des Kantons einen Leistungsvertrag mit dieser Organisation aufrechterhalten. Es ist daher davon auszugehen, dass diese Frage von den Beantwortenden teilweise falsch verstanden wurde.

3.1.4 Altersleitbilder und alterspolitische Legislaturziele

Steht die Tatsache, dass eine Gemeinde Altersleitbilder formuliert hat, in Zusammenhang mit der Ausgestaltung anderer Angebote der kommunalen Alterspolitik? Führen beispielsweise Gemeinden mit Altersleitbildern häufiger eine Anlauf- und Beratungsstelle für Altersfragen als Gemeinden ohne Altersleitbild? Diesbezüglich konnte kein statistisch signifikanter Zusammenhang festgestellt werden.

Ein deutlicher Zusammenhang bestätigt sich jedoch hinsichtlicher der Legislaturziele (vgl. Tabelle 8). Gemeinden, welche kein Altersleitbild aufweisen – also 75% der 164 Gemeinden, welche diese Frage beantwortet haben – haben signifikant häufiger auch keine Legislaturziele im Altersbereich, während Gemeinden mit einem Altersleitbild signifikant häufiger auch alterspolitische Legislaturziele verfolgen. In konkreten Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass Gemeinden ohne Altersleitbild zu 72.4% auch über keine alterspolitischen Legislaturziele verfügen, während nur 34.1% der Gemeinden mit einem Altersleitbild keine Legislaturziele für den Altersbereich gesprochen haben.

Altersleitbilder/alterspolitische Legislaturziele	Ohne Legislaturzielen		Mit Legislaturzielen		gesamthaft	
Ohne Altersleitbild	89	86.4%	34	55.7%	123	75.0%
Mit Altersleitbild	14	13.6%	27	44.3%	41	25.0%
gesamthaft	103	100%	61	100%	164	100%

Tabelle 8: Kreuztabelle Altersleitbilder/Legislaturziele

Sind Gemeinden mit einem Altersleitbild oder alterspolitischen Legislaturzielen aktiver, d. h. verfolgen sie mehr alterspolitische Projekte als Gemeinden ohne Altersleitbild oder altersbezogene Legislaturziele? Die Daten bestätigen, dass Gemeinden mit einem Altersleitbild statistisch signifikant häufiger über alterspolitische Projekte verfügen als Gemeinden ohne dieses strategische Instrument (vgl. Tabelle 9). So verfügen Gemeinden mit einem Altersleitbild zu rund 53% über alterspolitische Projekte, während dies Gemeinden ohne eine solche Stelle in nur 47% der Fälle tun. Der Unterschied zeigt sich noch deutlicher bei den Gemeinden, die angeben über keine altersspezifische Anlauf- oder Beratungsstelle zu verfügen. Bei ihnen weisen auch 70% der Gemeinden keine alterspolitischen Projekte auf.

Altersleitbild/alterspolitische Projekte	Mit alterspolitischen Projekten		Ohne alterspolitische Projekte		gesamthaft	
Ohne Altersleitbild	16	47.1%	48	69.6%	64	62.1%
Mit Altersleitbild	18	52.9%	21	30.4%	39	37.9%
gesamthaft	74	100%	69	100%	103	100%

Tabelle 9: Kreuztabelle Altersleitbild/alterspolitische Projekte

Ein weiterer Einflussfaktor auf das Vorhandensein von alterspolitischen Projekten sind alterspolitische Legislaturziele: Alterspolitische Projekte finden sich signifikant häufiger bei Gemeinden, welche Legislaturziele im Altersbereich aufweisen, wie die nachfolgende Tabelle (vgl. Tabelle 10) verdeutlicht.

Legislaturziele/alterspolitische Projekte	Mit alterspolitischen Projekten		Ohne alterspolitische Projekte		gesamthaft	
Ohne alterspolitische Legislaturziele	9	26.5%	38	55.1%	47	45.6%
Mit alterspolitischen Legislaturzielen	25	73.5%	31	44.9%	56	54.4%
gesamthaft	34	100%	69	100%	103	100%

Tabelle 10: Kreuztabelle Alterspolitische Legislaturziele/alterspolitische Projekte

Handelt es sich bei den Gemeinde, welche Legislaturziele definieren, um die selben Gemeinde die Altersleitbilder erarbeiten und umesetzen? Gemeinden, die angeben, alterspolitische Legislaturziele zu haben, verfügen in 44% der Fälle über ein Altersleitbild, wohingegen die Gemeinden ohne alterspolitische Legislaturziele in nur 14% der Fälle über ein Altersleitbild verfügen.

Als letztes wurde noch der Frage nachgegangen, ob Gemeinden eines bestimmten Raumtyps eher dazu tendieren, bei der Ausgestaltung eines Altersleitbildes eine überregionale Zusammenarbeit zu suchen. Es hat sich gezeigt, dass bei den 10 unterschiedlichen Gemeindezusammenschlüssen im Rahmen eines gemeinsamen Altersleitbildes sowohl periurbane Gemeinden (7 Gemeinden), als auch ländliche (6 Gemeinden) und städtische Gemeinden (5 Gemeinden) involviert sind.

Abschliessend kann gesagt werden, dass das Vorhandensein eines Altersleitbildes in einer Gemeinde oftmals an die Formulierung von alterspolitischen Legislaturzielen geknüpft ist: Verfügt eine Gemeinde über ein Altersleitbild, hat sie oftmals auch Legislaturziele für den Altersbereich formuliert. Dies kann positive Auswirkungen auf die Angebote haben, welche die Gemeinde für ihre Bevölkerung schafft. Gemeinden mit einem Altersleitbild und/oder mit alterspolitischen Legislaturzielen sind erwiesenermassen aktiver bei der Lancierung von spezifischen Projekten und Massnahmen im Altersbereich.

3.2
Bedeutung der Alterspolitik in den Gemeinden

Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, wie wichtig das Thema Alterspolitik in ihrer Gemeinde ist. 138 Personen äusserten sich zu dieser Frage, wobei die Einschätzung der Bedeutung der Alterspolitik von Gemeinde zu Gemeinde mit Nennungen von 1 (gar nicht wichtig) bis 10 (sehr wichtig) sehr unterschiedlich ausgefallen ist. Etwas mehr als Dreiviertel der Personen, welche die Frage beantwortet haben, ordneten die Bedeutung der Alterspolitik in ihrer Gemeinde auf der Skala mit 6 oder mehr Punkten ein.

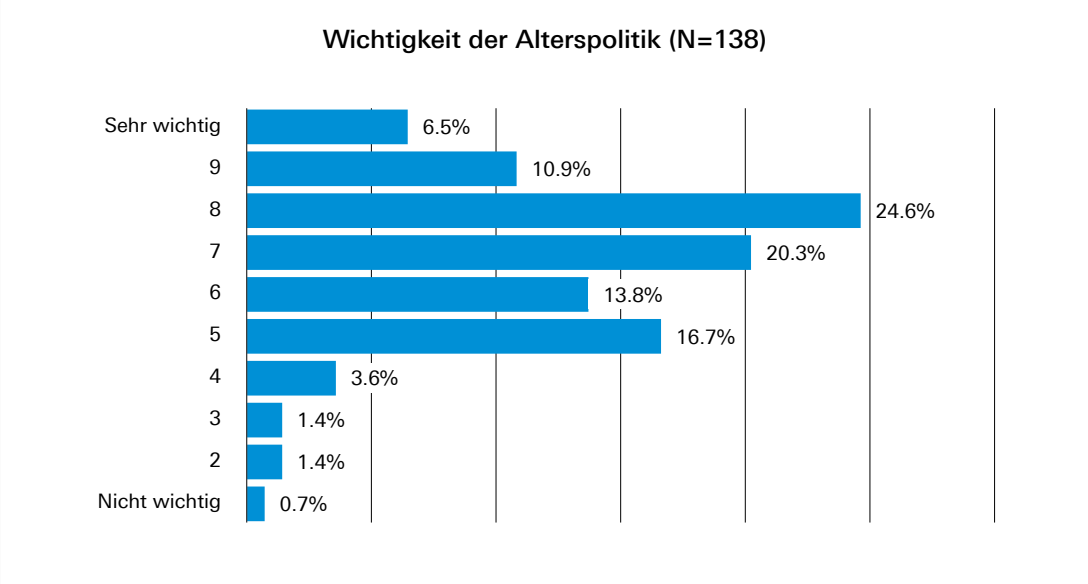


Abbildung 7: Wichtigkeit der Alterspolitik in den Gemeinden

Im Vergleich der Gemeindetypen zeigten sich keine signifikanten Unterschiede in der Bewertung der Wichtigkeit der Alterspolitik. Die Mittelwerte betragen im ländlichen Gebiet 7.2, im städtischen 7.0 und im intermediären 6.6. Damit wird weder in städtischen noch in ländlichen Gemeinden der Alterspolitik einen höheren oder tieferen Stellenwert zugemessen als in periurbanen Gebieten.

Wird die Bedeutung jedoch danach differenziert, ob die Gemeinden eine aktive Alterspolitik betreiben oder nicht, zeigt sich, dass die Unterschiede signifikant sind. Gemeinden, die keine aktive Alterspolitik betreiben, weisen einen Mittelwert von 6.3 mit einer Standartabweichung von 2.0 auf. Gemeinden hingegen, die über eine aktive Alterspolitik verfügen, haben einen Mittelwert von 7.3 und eine Standartabweichung von 1.6. Das heisst, dass die Gemeinden, die keine aktive Alterspolitik betreiben das Thema Alterspolitik auch als weniger wichtig einschätzen.

Will man dem Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit der Alterspolitik in den Gemeinden und dem Vorhandensein von Legislaturzielen nachgehen, zeigt sich folgendes Bild: Bei Gemeinden, welche sich alterspolitischen Legislaturzielen verpflichtet haben, wird der Alterspolitik durchschnittlich eine höhere Bedeutung zugeschrieben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Alterspolitik in den Gemeinden tendenziell als wichtig eingeschätzt wird, unabhängig davon, ob es sich um städtische oder ländliche Gebiete handelt. Insbesondere Gemeinden, welche alterspolitisch aktiv sind und/oder alterspolitische Legislaturziele gesetzt haben, schätzen die Wichtigkeit der Alterspolitik hoch ein.

3.3
Übersicht über die alterspolitische Ausrichtung der Gemeinden

3.3.1 Alterspolitische Themen

Bei der Frage, welche Themen die Alterspolitik der Gemeinde abdeckt, standen folgende Auswahlmöglichkeiten zur Verfügung:

1. Kommunikation und Information: Massnahmen in Bezug auf die Informationen, welche für ältere Menschen wichtig sind (z. B. Broschüren, Webseite, Veranstaltungen).

2. Vernetzung und Koordination: Massnahmen, welche eine bessere Vernetzung der Akteure im Altersbereich bezwecken (z. B. Runder Tisch)

3. Sozialer Einbezug: Massnahmen, welche die Partizipation von Menschen 60+ fördern und wertschätzen.

4. Wohnen: Massnahmen, welche Wohnangebote und selbstständiges Wohnen für ältere Menschen fördern.

5. Freiwilligenarbeit: Massnahmen zur Förderung von informeller und formeller Freiwilligenarbeit.

6. Öffentlicher Raum: Massnahmen zu Sicherheit und Zugang im öffentlichen Raum.

7. Alterspolitik: Massnahmen zur besseren Verankerung der Alterspolitik (z. B. Altersleitbild, Alters- oder Seniorenkommission, Stellenprozente in der Verwaltung).

8. Verkehr: Massnahmen zur Unterstützung der Mobilität und zu einer Infrastruktur, die den Bedürfnissen älterer Personen angepasst ist (z. B. Fahrdienste).

9. Gesellschaftliches Leben: Massnahmen, welche die Teilhabe der älteren Menschen in der Bevölkerung fördern (z. B. Angebote wie Spiele, Essen, generationenverbindende Projekte oder Projekte gegen Einsamkeit).

10. Gesundheit: Massnahmen im Pflege- und Gesundheitswesen (z. B. die Koordination von Dienstleistungen oder die Unterstützung von pflegenden Angehörigen).

Mehrfachnennungen waren möglich. 107 Teilnehmenden beantworteten die Frage. Die Ergebnisse werden in Tabelle 11 dargestellt. Gesamthaft über alle Gemeinden wird mit einem hohen Anteil von über 84% das Thema Kommunikation und Informationen am meisten abgedeckt. Die Priorisierung dieses Themas ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass Kommunikation und Information (durch die Verankerung der Anlauf- und Beratungsstelle für Altersfragen im Pflegegesetz) im Auftrag der Gemeinden liegt. Eine hohe Priorisierung durch die Gemeinden erhalten zudem Fragen rund um das gesellschaftliche Leben mit knapp 70%. Am wenigsten bearbeitet wird mit knapp 34% der öffentliche Raum.

Um die Anzahl der abgedeckten Themen zwischen den Raumtypen vergleichen zu können, wurde je antwortende Gemeinde die Summe der abgedeckten Themen gebildet. Dieser Wert kann zwischen 0 und 10 liegen. Die Gemeinden des städtischen Typus haben durchschnittlich 6.4, die ländlichen 5.2 und die intermediären 3.3 Themen, die sie abdecken. Damit investieren die Gemeinden des intermediären Raumtyps signifikant weniger als die Gemeinden der anderen beiden Raumtypen. Wie sich die Abdeckung der einzelnen Themen zwischen den unterschiedlichen Raumtypen verteilen, sind der Tabelle 11 zu entnehmen. So zeigt sich beispielsweise, dass einzig das Wohnen in Gemeinden des periurbanen Raumes stark im Fokus steht und alle antwortenden Gemeinden des intermediären Raumtyps sich diesbezüglich engagieren. Gemeinden aus dem ländlichen Raumtyp bewegen sich im Umfang ihrer Themenabdeckung grundsätzlich zwischen den anderen beiden Typen. Hingegen verfügen sie beim gesellschaftlichen Leben, und damit der Förderung der Teilhabe der älteren Menschen in der Bevölkerung, mit über 76% über das höchste Engagement.

Themen	Raumtyp städtisch		Raumtyp intermediär		Raumtyp ländlich		gesamthaft	
Kommunikation und Information	29	100%	24	68.6%	37	86.0%	90	84.1%
Gesellschaftliches Leben	20	69.0%	21	60.0%	33	76.7%	74	69.2%
Wohnen	19	65.5%	35	100%	23	53.5%	55	51.4%
Verkehr	19	65.5%	10	28.6%	25	58.1%	54	50.5%
Gesundheit	19	65.5%	12	34.3%	21	48.8%	52	48.6%
Freiwilligenarbeit	17	58.6%	8	22.9%	23	53.5%	48	44.9%
Vernetzung und Koordination	16	55.2%	10	28.6%	16	37.2%	42	39.3%
Sozialer Einbezug	16	55.2%	7	20.0%	16	37.2%	39	36.4%
Alterspolitik	18	62.1%	5	14.3%	15	34.9%	38	35.5%
Öffentlicher Raum	15	51.7%	6	17.1%	15	34.9%	36	33.6%
Gültig gesamthaft	29		35		43		107	
Fehlende Antworten	12		32		13		57	

Tabelle 11: Vergleich Themen der Alterspolitik der Gemeinden nach Raumtyp

In einer offenen Frage konnten die Gemeinden zudem angeben, welche anderen Themen der Alterspolitik in den Gemeinden noch bearbeitet wurden. Die nachfolgende Visualisierung der Antworten (vgl. Abbildung 8) gibt einen Einblick in die genannten Themen.

Abbildung 8: Wordcloud «anderer» bearbeitete Themen der Alterspolitik in den Gemeinden

Der Darstellung kann entnommen werden, dass insbesondere Projekte im Bereich Wohnen und die Ausarbeitung bzw. Überarbeitung von Altersleitbildern von den Gemeinden speziell noch angesprochen wurden. Doch auch gänzlich neue Themen wurden angesprochen wie die Integration von älteren Migrantinnen und Migranten, die öffentliche Wahrnehmung älterer Personen und Generationenprojekte, um den Austausch zwischen den Generationen zur ermöglichen und die intergenerationelle Solidarität zu fördern.

3.3.2 Angebot an alterspolitischen Dienstleistungen

Die Teilnehmenden wurden aufgefordert aus einer Auswahlliste (vgl. Tabelle 12) anzugeben, welche Dienstleistungen für ältere Menschen es in ihrer Gemeinde gibt. Die Frage wurde von 164 Befragten beantwortet. Mehrfachnennungen waren möglich. Die am häufigsten angebotenen Dienstleistungen umfassen Turn-/Wander-/Freizeitvereine (68%), Mahlzeitendienste (67%) und Mittagstische (60%). In den Bereichen Nachbarschaftshilfe, Entlastung Pflegender Angehöriger oder Tagesstätten sind deutlich weniger Gemeinden tätig. Unter «andere Dienstleistungen» wurden Angebote wie ein Café Santé für ältere Migrantinnen und Migranten, Autofahrkurse für Seniorinnen und Senioren, Altersnachmittage, Seniorenausflüge, -gruppen und -treffs, Jubilarenbesuche usw. erwähnt.

Dienstleistungen	Raumtyp städtisch		Raumtyp intermediär		Raumtyp ländlich		gesamthaft	
Turn-/Wander-/Freizeitverein	35	85.4%	39	58.2%	38	67.9%	112	68.3%
Mahlzeitendienst	37	90.2%	34	50.7%	38	67.9%	109	66.5%
Mittagstisch	27	65.9%	35	52.2%	35	62.5%	97	59.1%
Haushaltshilfe	35	85.4%	26	37.8%	30	53.6%	91	55.5%
Fahrdienst	28	68.3%	19	28.4%	27	48.2%	74	45.1%
Administrative Hilfe	26	63.4%	20	29.9%	25	44.6%	71	43.3%
Generationenverbindenden Projekte (z. B. Senioren in der Schule)	27	65.9%	18	26.9%	26	46.4%	71	43.3%
Wohnen im Alter	27	65.9%	16	23.9%	24	42.9%	67	40.9%
Besuchsdienst	23	56.1%	15	22.4%	21	37.5%	59	36.0%
Regelmässige Veranstaltungen zu Altersthemen	17	41.5%	11	16.4%	20	35.7%	48	29.3%
Organisierte Nachbarschaftshilfe (Senioren helfen Senioren, usw.)	14	34.1%	9	13.4%	15	26.8%	38	23.2%
Entlastungsdienst für pflegende und betreuende Angehörige	18	43.9%	5	7.5%	10	17.9%	33	20.1%
Tagesstätte	6	14.6%	1	1.5%	4	7.1%	11	6.7%
Andere	11	26.8%	9	13.4%	11	19.7%	31	18.9%
Gültig gesamthaft	41		67		56		164	

Tabelle 12: Vergleich Angebot an alterspolitischen Dienstleistungen der Gemeinden nach Raumtyp

Um die Anzahl der angebotenen Dienstleistungen zwischen den Raumtypen vergleichen zu können, wurde je antwortende Gemeinde die Summe der Dienstleistungen gebildet. Dieser Wert kann zwischen 0 und 14 liegen. Die drei Gemeindetypen unterscheiden sich dabei alle signifikant voneinander. Die städtischen Gemeindetypen haben durchschnittlich 7,9, die ländlichen 5,6 und die intermediären 3,7 Dienstleistungen, die sie anbieten.

Die folgende Visualisierung (vgl. Abbildung 9) gibt einen Einblick in die Dienstleistungen, welche von den Gemeinden in einer offenen Frage noch ergänzt bzw. spezifisch angesprochen werden konnten. Es zeigt sich, dass in mehreren Gemeinden Ausflüge oder gar Ferien für Seniorinnen und Senioren, gemeinsame gesellige Runden wie eine Kaffeerunde, ein Mittagessen, Altersnachmittage, eine Adventsfeier, Jubilarenanlässe etc. angeboten werden, dass aber auch Angebote im Bereich Wissens- und Fertigkeitenvermittlung, Bewegung und Wohnen bestehen.

Abbildung 9: Wordcloud «anderer» Dienstleistungen in den Gemeinden

3.3.3 Alterspolitische Projekte

Die Befragten wurden auch gebeten Stellung zu nehmen, ob es in ihrer Gemeinde alterspolitische Projekte gibt (als Projekt wird ein Vorhaben mit einem Anfang und Ende verstanden). Von den 103 Gemeinden, von denen eine Antwort vorliegt, kennen Zweidrittel keine alterspolitischen Projekte. Einen Vergleich der Gemeinden im Gesamten mit den Gemeinden nach ihrem Raumtyp ist in der Tabelle 13 ersichtlich. Gemeinden aus dem periurbanen Raum führen signifikant weniger alterspolitische Projekte durch, wie dies im ländlichen oder städtischen Raum der Fall ist.

Antwortmöglichkeiten	Raumtyp städtisch		Raumtyp intermediär		Raumtyp ländlich		gesamthaft	
Ja	13	45%	6	18%	15	37%	34	33%
Nein	16	55%	27	82%	26	63%	69	67%
Gültig gesamthaft	29	100%	33	100%	41	100%	103	100%
Fehlende Antworten	12		34		15		61	

Tabelle 13: Vergleich alterspolitische Projekte der Gemeinden nach Raumtyp

Zusammenfassend zeigt sich also, dass die Themen Information und Kommunikation sowie gesellschaftliches Leben im allgemeinen Fokus der kommunalen Alterspolitik des Kantons Aargau stehen. Spezifische alterspolitische Dienstleistungen werden aktuell jedoch am häufigsten im Bereich der Freizeitgestaltung bzw. der Bewegung (Gesundheitsförderung) angeboten, aber auch die Angebote Mahlzeitendienst, Mittagstisch sowie Haushaltshilfe sind in mehr als der Hälfte der antwortenden Gemeinden verankert. Am wenigsten Dienstleistungen, die von der eigenen Gemeinde angeboten werden, stehen älteren Personen in periurbanen Gebieten zur Verfügung.

Das kleinere Dienstleistungsangebot in diesen Gemeinden könnte sich durch die Nähe zu vorhandenen Angeboten in der städtischen Umgebung erklären lassen, d. h. dass die ältere Bevölkerung in periurbanen Gebieten auf die Dienstleistungsangebote der benachbarten Städte verwiesen wird.

3.4
Umsetzung der alterspolitischen Themen in den Gemeinden

Eine ganze Reihe von Fragen widmeten sich der alterspolitischen Ausrichtung der Gemeinde. Dabei ging es darum, ob die Gemeinden über Massnahmen, Projekte, Instrumente oder Konzepte zu einem oder mehreren der unter Kapitel 3.3.1 bereits erwähnten alterspolitischen Themen verfügen. Dazu wurde bei jedem Thema nach der Umsetzung, der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, der Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit, der Unterstützung von Initiativen von Privaten oder öffentlichen Institutionen und zielgruppenspezifischer Ausgestaltung des jeweiligen Themas gefragt.

3.4.1 Umsetzung

Alterspolitische Massnahmen können auf unterschiedliche Art und Weise umgesetzt werden. Die Gemeinden wurden gebeten pro Thema anzugeben, in welcher Form sie die Umsetzung von Massnahmen und Projekten angegangen sind. Wie in Tabelle 14 abgebildet ist, wird als Massnahme am häufigsten genannt, dass ältere Personen bei der Umsetzung von Projekten in der Gemeinde (z. B Raumplanung) mitgedacht werden (160 Nennungen). Am zweithäufigsten wird angegeben, dass Unterlagen zu einem der Themen von den Gemeinden erstellt wurden (211 Nennungen). Von laufenden Projekten wurde in 154 Nennungen berichtet und 96 Nennungen bezogen sich auf abgeschlossene Projekte.

Bei der thematischen Zuordnung der Massnahmen lässt sich feststellen, dass die meisten Massnahmen im Bereich der Freiwilligenarbeit genannt werden (80 Nennungen), gefolgt von Massnahmen im Bereich Kommunikation und Information (77 Nennungen). In den Bereichen Vernetzung und Koordination (71 Nennungen), Wohnen (70 Nennungen) und Sozialer Einbezug (69 Nennungen) geben jeweils ähnlich viele Gemeinden an, über Umsetzungsmassnahmen zu verfügen. In dem Bereich gesellschaftliches Leben (58 Nennungen) sowie kommunale Alterspolitik (55 Nennungen), öffentlicher Raum (50 Nennungen) und Verkehr (48 Nennungen) sind deutlich weniger Gemeinden aktiv. Über die wenigsten Umsetzungsmassnahmen berichten die Gemeinden hingegen im Bereich Gesundheit (43) (vgl. Tabelle 14).

Richtet man den Blick auf die Art und Weise, wie die unterschiedlichen Themenfelder von den Gemeinden bearbeitet werden bzw. wurden, zeigt sich folgendes Bild:

Freiwilligenarbeit:
Obwohl in der Vergangenheit schon einige Projekte der Freiwilligenarbeit durchgeführt wurden, ist die Anzahl der aktuellen Projekte weiter gestiegen. Im Gegensatz zu anderen Themengebieten ist die Freiwilligenarbeit weniger gut dokumentiert, doch sie gehört zu den Themen, in denen ältere Personen überdurchschnittlich oft mitgedacht werden.

Kommunikation und Information:
Bei der Kommunikation und Information steht die Erarbeitung von Unterlagen im Mittelpunkt der Massnahmen. Da die kommunale Kommunikation und Information oftmals zielgruppenspezifisch verläuft, werden lange nicht bei allen Informationen ältere Personen mitgedacht. Abgeschlossene und laufende Projekte halten sich in etwa die Waage.

Vernetzung und Koordination:
Projekte der Vernetzung und Koordination haben in letzter Zeit zugenommen. Es werden viermal mehr laufende Projekte genannt, als bereits abgeschlossen wurden. Auch existieren überdurchschnittlich viele Unterlagen, die der Vernetzung und Koordination dienen.

Wohnen:
Auch das Wohnen ist dokumentarisch gut erfasst und bei der Wohnpolitik werden ältere überdurchschnittlich oft mitgedacht. Das Wohnen ist aktuell durch mehr Projekte abgedeckt als es dies in der Vergangenheit war.

Sozialer Einbezug:
Zum Thema sozialer Einbezug laufen in den Gemeinden relativ wenige Projekte, und auch nur wenige Projekte wurden diesbezüglich bereits abgeschlossen. Dem Thema werden Gemeinden eher gerecht, indem sie in Ihren Massnahmen ältere Personen mitdenken oder indem sie Unterlagen erstellen.

Gesellschaftliches Leben:
Ein etwas anderes Bild zeigt sich in Bezug auf das gesellschaftliche Leben: Auch gibt es in diesem Bereich sehr wenige abgeschlossene Projekte, doch dies hat sich in letzter Zeit stark geändert und viele neue Projekte in diesem Bereich sind entstanden.

Alterspolitik:
Unter der Kategorie Alterspolitik wird die Verankerung der Alterspolitik in der Gemeinde verstanden, zum Beispiel durch strategische Grundlagen oder Alterskommissionen. Betrachtet man die Alterspolitik im Allgemeinen, lässt sich erkennen, dass die Gemeinden sich schwerpunktmässig darauf konzentrieren, Unterlagen zu erstellen und ältere Personen mitzudenken.

Öffentlicher Raum:
Was die Ausgestaltung des öffentlichen Raums betrifft, hatten und haben die Gemeinden nicht besonders viele Projekte am Laufen. Vielmehr besteht ihre Rolle eher darin, die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder dafür zu sorgen, dass bei der Planung die Bedürfnisse älterer Personen mitberücksichtigt werden.

Verkehr:
Was den Verkehr betrifft, gibt es keine zahlenmässige Verschiebung zwischen abgeschlossenen und aktuellen Projekten. Den Schwerpunkt ihrer Umsetzungsmassnahmen im Bereich Verkehr setzen die Gemeinden jedoch darauf, spezifische Unterlagen zu erstellen. Deutlich weniger oft wird bei verkehrspolitischen Fragestellungen an die Bedürfnisse älterer Personen gedacht.

Gesundheit:
Was die Gesundheitspolitik betrifft, sind die Gemeinden aktiver geworden. Heute gibt es mehr laufende Projekte, als dass die Gemeinden über abgeschlossene Projekte berichten.

Art der Umsetzung/ Themenfeld	Ältere mitdenken	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Unterlagen erstellt	gesamthaft
Freiwilligenarbeit	20	15	24	21	80
Kommunikation & Information	4	18	20	35	77
Vernetzung & Koordination	16	6	24	25	71
Wohnen	20	9	14	27	70
Sozialer Einbezug	28	6	8	27	69
Gesellschaftliches Leben	24	3	18	13	58
Alterspolitik	20	9	6	20	55
Öffentlicher Raum	16	9	10	15	50
Verkehr	8	12	12	16	48
Gesundheit	4	9	18	12	43
gesamthaft	160	96	154	211	621

Tabelle 14: Umsetzungsmassnahmen in den Themengebieten

3.4.2 Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden

Um die Dynamiken und Strukturen der Alterspolitik im Kanton zu verstehen und Anknüpfungspunkte für zukünftige Entwicklungen zu identifizieren, ist die Frage nach regionaler Zusammenarbeit von grossem interesse und auch, in welchen Tehmenbereichen diese vorwiegend erfolgt. In allen vorgeschlagenen Themenbereichen wurde von regionaler Zusammenarbeit zwischen zweien oder mehreren Gemeinden berichtet. Insgesamt beziehen sich 135 Nennungen auf eine regionale Zusammenarbeit bei einem der vorgeschlagenen Themen der Altersarbeit. Eine Übersicht gibt Tabelle 15. Am häufigsten tritt eine Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich Vernetzung und Koordination auf (29 Nennungen), gefolgt von Wohnen (21 Nennungen) sowie Kommunikation und Information (17 Nennungen) und Freiwilligenarbeit (14 Nennungen). In den Bereichen öffentlicher Raum (5 Nennungen), gesellschaftliches Leben (7 Nennungen) und Verkehr (8 Nennungen) ziehen die Gemeinden eine individuelle Bearbeitung des Themas vor. Bei der kommunalen Alterspolitik geben 9 Gemeinden eine regionale Zusammenarbeit an.

Themengebiet	Anzahl Kooperationen
Vernetzung und Koordination	23
Wohnen	21
Gesundheit	18
Kommunikation und Information	17
Freiwilligenarbeit	14
Sozialer Einbezug	13
Alterspolitik	9
Verkehr	8
Gesellschaftliches Leben	7
Öffentlicher Raum	5
gesamthaft	135

Tabelle 15: Regionale Zusammenarbeit in den Themengebieten

Kommt es zur Zusammenarbeit zwischen mehreren Gemeinden, erfolgt diese am häufigsten in Form von Wissensaustausch (92 Nennungen) und koordinierten Angeboten (78 Nennungen). Personelle oder finanzielle Ressourcen werden bei 65 bzw. 58 Gemeinden als Form der regionalen Zusammenarbeit genannt. Über gemeinsame Infrastruktur oder Räumlichkeiten verfügen 41 der Gemeinden, welche sich zu dieser Frage geäussert haben.

Betrachtet man die Datenlage gezielt in den unterschiedlichen Themenbereichen, so fällt auf, dass regionale Zusammenarbeiten nebst dem Bereich der Vernetzung und Koordination (60 Nennungen) insbesondere im Gesundheitsbereich auftritt (55 Nennungen). Auch die Freiwilligenarbeit (47 Nennungen), sowie der Soziale Einbezug, das Wohnen und die Kommunikation und Information (mit jeweils 37 Nennungen) sind Bereiche, in denen die Gemeinden sich zusammenschliessen. In den Bereichen öffentlicher Raum (13 Nennungen), gesellschaftliches Leben (17 Nennungen), Verkehr und Alterspolitik (jeweils 18 Nennungen) ziehen viele Gemeinden hingegen eine individuelle Bearbeitung der Themen vor.

Offen gefragt, worum es bei der Zusammenarbeit zwischen einer oder mehreren Gemeinden in den verschiedenen Themenbereichen geht, wurde eine Vielzahl von verschiedenen Antworten genannt. Einen Einblick vermittelt die nachfolgende Visualisierung (vgl. Abbildung 10). Sie zeigt, dass regionale Zusammenarbeiten im Bereich der Regionalplanung, der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung und auch im Bereich des Wohnens eingegangen wurden. Auch Alterskommissionen und ähnliche Organe wurden regional eingesetzt, und auch über eine regional betriebene Koordinationsstelle wurde informiert.

Nicht zuletzt ist auch erwähnenswert, dass die Gemeinden auch ganz allgemein den Austausch innerhalb der Gemeinden der Region zu Altersfragen schätzen.

Abbildung 10: Wordcloud Zusammenarbeitsthemen zwischen verschiedenen Gemeinden

3.4.3 Angebote für spezifische Zielgruppen

Um die Arbeit der Gemeinden möglichst umfassend zu erheben, wurde ergänzend gefragt, bei welchen besonderen Zielgruppen es in den unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten der Altersarbeit zu spezifischen Angeboten gekommen ist. Es lässt sich erkennen, dass es etwa gleich viele Angebote gibt (jeweils ca. 55 Nennungen), die sich spezifisch an finanziell benachteiligte Personen, an Migrantinnen und Migranten oder an besonders verletzliche Personen wie Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkranken etc. richten. Weniger oft wird von geschlechterspezifischen Angeboten berichtet (26 Nennungen).

3.4.4 Praxisbeispiele der Gemeinden im Überblick

In diesem Kapitel wird inhaltlich detaillierter auf die Projekte und Massnahmen eingegangen, von denen die Gemeinden in der Befragung stichwortartig Auskunft gegeben haben. Aufgrund der grossen Anzahl von Projekten kann nicht auf jedes dieser Beispiele einzeln eingegangen, sondern es soll an dieser Stelle eine Übersicht über die Vielfalt an Themen und Projekten gegeben werden. Einige der Beispiele werden in der geplanten vertiefenden Teilstudie zu ausgewählten Praxisprojekten ausführlicher betrachtet und vorgestellt.

Im Bereich Kommunikation und Information wurden von den Gemeinden 50 Massnahmen und Projekte erwähnt. Viele davon bezogen sich auf die Ausgestaltung der Broschüre «Älter werden in… (Gemeindename)». 79 Gemeinden (48.2% der auf diese Frage antwortenden 147 Gemeinden) gaben an, die Broschüre zu kennen. Weiter häufig erwähnt wurden Informationsmaterialien wie Adresslisten, Kontaktdaten, Listen oder Übersichtsmappen über Angebote und Dienstleistungen für die ältere Bevölkerung, welche den Einwohnenden zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinden versuchen ihre Einwohnenden über unterschiedliche Kanäle zu informieren, indem sie Informationsmaterial bei der Verwaltung auflegen, einen schriftlichen Versand an alle Personen im Alter 60+ machen, zur herkömmlichen telefonischen Kontaktaufnahme ermuntern, oder aber durch die Entwicklung einer übergreifenden Kommunikationsplattform. Auch werden altersspezifische Informationen gerne in themenübergreifende Informationskanäle wie die Dorfzeitung, einen Newsletter, das Monatsbulletin oder die Homepage der Gemeinde eingespiesen.

Im Bereich Vernetzung und Koordination sammelten sich Informationen zu 47 Massnahmen und Projekten. Es wurde von regelmässigen Vernetzungstreffen mit unterschiedlichen Organisationen der Altersarbeit berichtet, von Veranstaltungen mit und für Seniorinnen und Senioren wie Ausflügen, gemeinsamen Essen und Nachmittagsprogrammen, von regelmässigen Teilnahmen an Alterskongressen und anderen Netzwerkveranstaltungen im Bereich Alter wie Altersforen, Alterskommissionen, Arbeitsgruppen Alter, oder aber von persönlichen Treffen nach Bedarf mit Vertreterinnen und Vertreter von Altersorganisationen und -institutionen.

Beim Sozialen Einbezug wurden 33 Massnahmen und Projekte genannt. Die einen Projekte, welche beschrieben wurden, dienen dem politischen Einbezug der älteren Bevölkerung und ihrer Anliegen, wie etwa die Schaffung einer Alterskommission oder eines Seniorenrats. Die anderen Projekte dienen dem Sozialen Einbezug der älteren Personen ins gesellschaftliche Leben wie beispielsweise Altersturnen, Senioren an der Schule, Seniorennachmittage, Mittagstische oder Wandern für Männer/Frauen einer bestimmten Altersgruppe. Interessanterweise werden die meisten dieser Angebote nicht generationenübergreifend, sondern altershomogen ausgestaltet. Sie sprechen also ausschliesslich das ältere Zielpublikum an. In einzelnen Fällen wurden sozialräumliche Methoden angesprochen, welche unter Einbezug der älteren Bevölkerung einer altersgerechten Gemeindeentwicklung dienen sollen, wie beispielsweise Quartierbegehungen.

Den Bereich Wohnen betreffen 45 der genannten Projekte und Massnahmen. Dabei geht es vor allem um Projekte zu altersgerechtem oder betreutem Wohnen – sei dies im Rahmen vom institutionellen oder privaten Wohnen. In seltenen Fällen werden auch Projekte der Quartiersentwicklung oder Nachbarschaftshilfe genannt. Auch erwähnt wurde die Ausarbeitung von Bauvorschriften und die Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften und privaten Anbietern für alternative Wohnformen im Alter.

Der alterspolitische Bereich Freiwilligenarbeit wurde anhand von 44 Projekten von den Gemeinden illustriert. Hier wurde auf die Zusammenarbeit mit grösseren Organisationen im Bereich Alter und Freiwilligenarbeit hingewiesen wie Pro Senectute, Benevol und dem Roten Kreuz. Doch auch von der Zusammenarbeit durch Organisationen, die Freiwilligenarbeit von Kirchen aber auch von Privaten getragenen Freiwilligenprojekten, wie etwa einem Reparaturcafé oder Zeitvorsorgeprojekte (KISS-Genossenschaften). Ein Thema, welches sehr oft angesprochen wurde, ist die Nachbarschaftshilfe, aber auch Fahrdienste und Mahlzeitendienste wurden mehrfach erwähnt.

Im Bereich des öffentlichen Raums wurde über weniger Projekte berichtet (22 Nennungen). Bei diesen Projekten geht es um Themen wie Sicherheit, Verkehrsberuhigung und Barrierefreiheit. Doch auch die Ausgestaltung von Begegnungszonen und Revitalisierung von bestehenden Treffpunkten durch Attraktivitätssteigernde Massnahmen sind Projekte, mit welchen die Gemeinden ihren öffentlichen Raum an die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung anpassen.

Im Bereich kommunale Alterspolitik wurden 23 Projekte oder Massnahmen genannt, wie etwa die Teilnahme am Socius Programm der Age Stiftung, die Erarbeitung eines Altersleitbildes, die Planung und Durchführung von spezifischen Anlässen für Senioren (jährlicher Seniorenanlass, Zukunftscafé), der Miteinbezug von Altersrat, Fachkommission für Altersfragen oder anderen Gremien, in politische Entscheide oder die Durchführung von Workshops mit Seniorinnen und Senioren zu einem basisdemokratischen Miteinbezug der älteren Bevölkerung für spezifische Fragen.

Dem Bereich Verkehr lassen sich 31 Massnahmen und Projekte zuordnen. In vielen dieser Projekte geht es um Barrierefreiheit auf Gehwegen, Verbesserungen in den Angeboten des öffentlichen Verkehrs (Fahrplan, Ausgestaltung der Bushaltestellen), Fahrdienste, Mobilitätskurse für Seniorinnen und Senioren oder umgreifende Fussverkehrskonzepte, welche auf altersspezifische Themen eingehen.

Der Bereich gesellschaftliches Leben kann anhand von 28 Projekten und Massnahmen veranschaulicht werden, über welche die Gemeinden Auskunft erteilten. In diesem Themenbereich werden mehrere Projekte angesprochen, welch die Generationen verbinden: Gemeinsam singen im Kindergarten, Generationen im Klassenzimmer, Jugendliche helfen Seniorinnen und Senioren, Leihgrosseltern, von Jugendlichen geführter Seniorentreff u. a. Auch wird von kulturellen, sozialen und sportlichen Angeboten für Seniorinnen und Senioren berichtet, die teils von Vereinen, Privaten oder von Seniorinnen und Senioren für Seniorinnen und Senioren organisiert werden.

Im Gesundheitsbereich berichteten die Gemeinden von 18 Projekten und Massnahmen. Viele dieser Massnahmen verweisen jedoch auf das Angebot durch die Spitex. Die verbleibenden Nennungen weisen ein breites Spektrum an Massnahmen auf; von der Unterstützung einer Tagesstätte für an Demenz erkrankten Personen, über Referate zu Gesundheitsfragen, bis hin zum Angebot eines Sozialtarifs durch die Gemeinde für die Spitex-Betreuung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in den Aargauer Gemeinden eine Vielzahl von Umsetzungsprojekten in der gesamten Bandbreite alterspolitischer Themen zu finden sind. Schwerpunkte werden sicherlich in den Bereich Information und Kommunikation sowie Koordination und Vernetzung gesetzt, doch auch die Anliegen der älteren Bevölkerung in Bezug auf die Wohnsituation, den sozialen Einbezug und das gesellschaftliches Leben werden in alterspolitischen Projekte aufgenommen. Nicht zuletzt werden auch viele Projekte der Freiwilligenarbeit mit und für ältere Personen gestaltet.

3.5
Einschätzung der Alterspolitik durch die Gemeinden

3.5.1 Abdeckung alterspolitischer Themen in den Gemeinden

Zum Schluss wurden die Befragten gebeten eine Einschätzung vorzunehmen, wie gut der Bedarf von älteren Menschen bezüglich alterspolitischer Themen in ihrer Gemeinde abgedeckt ist. Dabei wurde eine Skala von -5 (gar nicht gut) bis +5 (sehr gut) verwendet. Beim Punkt 0 findet sich eine neutrale Einschätzung, also weder gut noch schlecht. 143 Personen beantworteten diese Frage. Zusammenfassend schätzen die Befragten ein, dass die Bedürfnisse von älteren Menschen in den Bereichen Kommunikation und Information (Mittelwert 1.9), gesellschaftliches Leben (Mittelwert, 1.9) und Gesundheit (Mittelwert 1.2) am besten abgedeckt sind. Eine schlechtere Einschätzung haben die Themen Vernetzung und Koordination (Mittelwert 0.5), Verkehr (Mittelwert 0.6) und Wohnen (Mittelwert 0.6) erhalten, die nur sehr leicht positiv eingeschätzt wurden. Im Bereich der Alterspolitik scheint der Handlungsbedarf am grössten zu sein: Der Mittelwert von -0.2, dass viele der Gemeinden der Ansicht sind, dass den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung durch eine allgemeine Verankerung der Alterspolitik tendenziell ungenügend entsprochen wird.

Um zu vergleichen, welche Unterschiede in der Abdeckung der Bedürfnisse älterer Menschen je nach Raumtyp bestehen, wurde ein Mittelvergleich herbeigezogen. Dieser zeigt, dass die Abdeckung in den städtischen Gemeinden in allen Themenbereichen höher eingeschätzt wird als in den periurbanen und ländlichen Gemeinden, abgesehen vom sozialen Einbezug (Mittelwert 0.8 in städtischen Bereich versus 1.5 im ländlichen und 0.9 im periurbanen Bereich) und dem gesellschaftlichen Leben (Mittelwert 2.0 in städtischen Bereichen versus 2.3 in ländlichen und 1.5 in periurbanen Gemeinden). Bei diesen beiden Themen des sozialen Zusammenlebens wird also die Abdeckung in den ländlichen Gemeinden im Durchschnitt höher eingeschätzt. In Gemeinden des periurbanen Raumes ist die Abdeckung erneut tiefer als in den Gemeinden der beiden anderen Raumtypen. Die hier genannten Unterschiede sind jedoch relativ klein und weisen keine statistische Signifikanz auf. Abbildung 11 vermittelt eine grafische Übersicht.

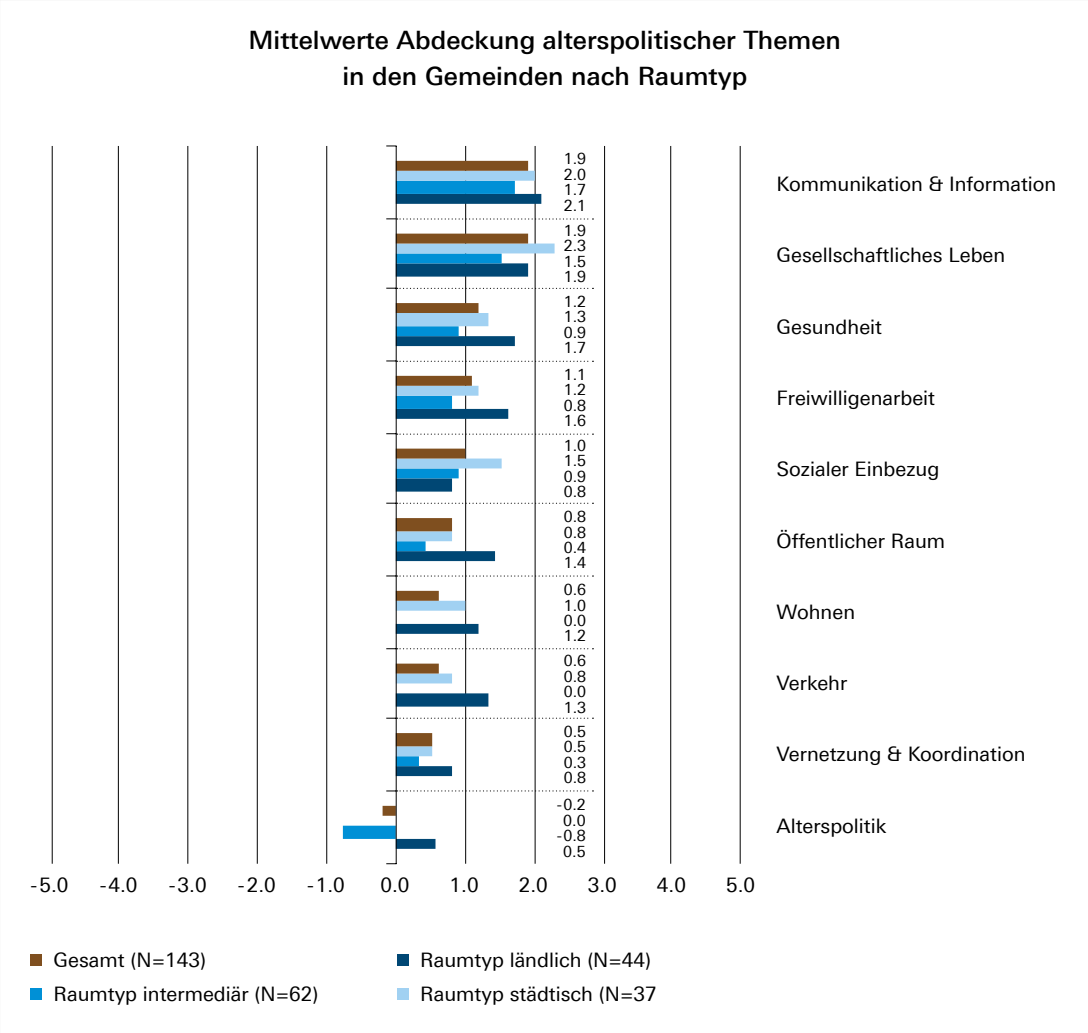


Abbildung 11: Mittelwerte Abdeckung alterspolitischer Themen in den Gemeinden nach Raumtyp

Um die Antworten zu interpretieren ist es nicht nur relevant die Mittelwerte in den unterschiedlichen Themenbereichen zu vergleichen. Aufschlussreich ist auch die Streuung der Antworten auf der Antwortskala, um festzustellen, wie gross der Abschnitt der Skala ist, in welchem die mittleren 50% der Antworten liegen, und um aufzuzeigen, wie viele Antworten in den Extremenden der Skala gelegen sind. Die Streuung der Daten lässt sich in sogenannten Box-Plots visualisieren (vgl. Abbildung 12).

Lesebeispiel: Im Bereich Kommunikation und Information liegt der Median auf dem Wert 2. Das heisst, 50% der Personen, welche eine Bewertung abgegeben haben, haben die Kommunikation tiefer oder gleich 2 eingestuft, und die andere Hälfte hat sie höher eingestuft. Die Box selbst ist im Vergleich zur Vernetzung und Koordination kurz und liegt zwischen 1 und 3. Dies bedeutet, dass 50% der Angaben zwischen 1 und 3 liegen, während jeweils 25% der Antworten über 3 und unter 1 liegen. Die höchste Einschätzung ist 5, also dass das Thema bestmöglich abgedeckt ist. In dieser Darstellung finden sich aber auch Ausreisser im sehr tiefen Bereich der Skala: Einige der Gemeinden schätzen ihre alterspolitische Kommunikation und Information auf der Skala mit -5 oder -4 Punkten als sehr schlecht ein.

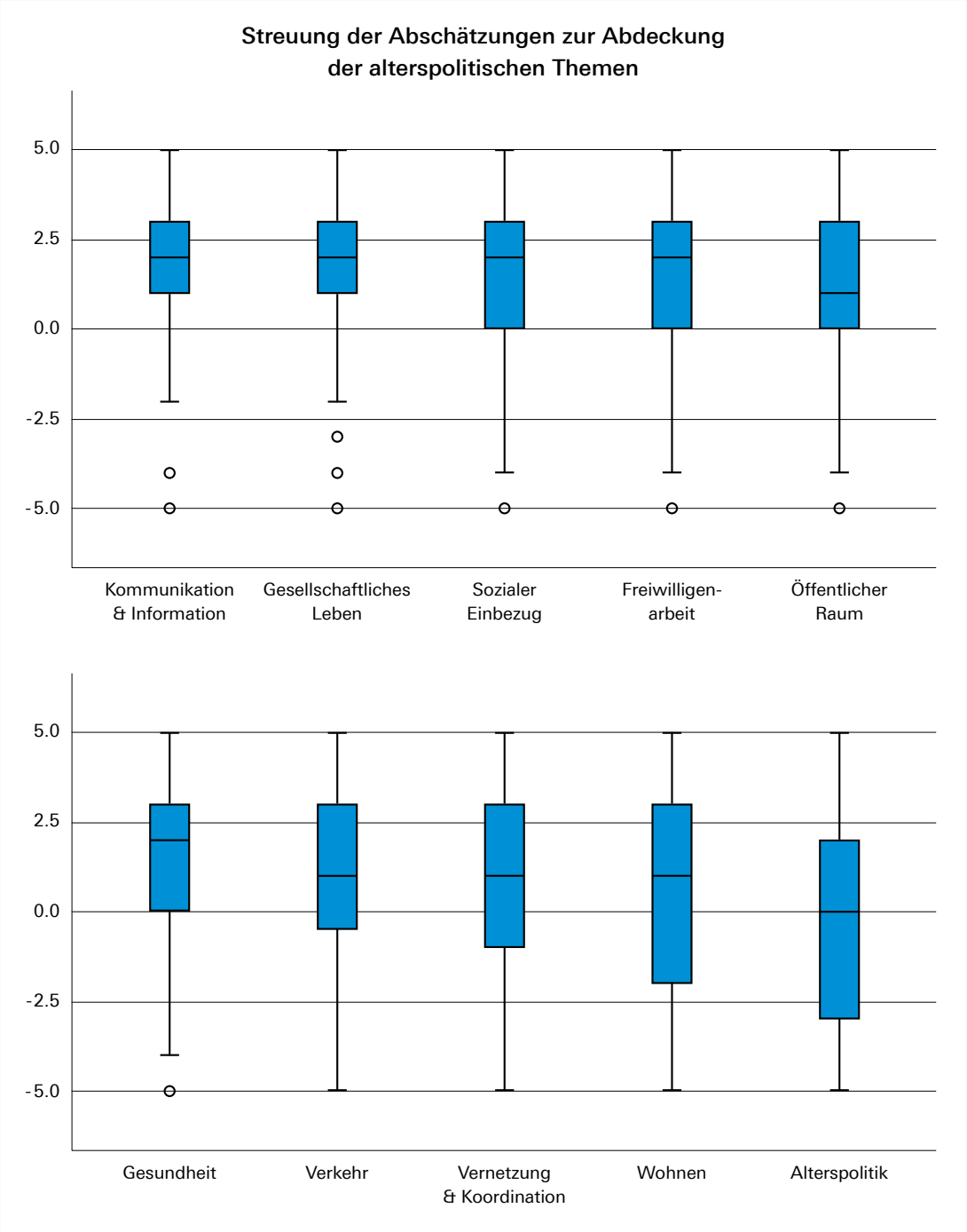


Abbildung 12: Streuung der Abschätzungen zur Abdeckung der alterspolitischen Themen

Mit Blick auf die Verteilung der Antworten in den unterschiedlichen Themengebieten lassen sich Ausreisser gegen unten und damit eine tiefe Bewertung der aktuellen Abdeckung folgender alterspolitischer Themen durch einzelne Gemeinden erkennen: Kommunikation und Information, sozialer Einbezug, Freiwilligenarbeit, öffentlicher Raum, gesellschaftliches Leben und Gesundheit. Eine allgemein eher breite Streuung der Antworten findet sich bei den Themen Vernetzung und Kommunikation, Wohnen und bei der Alterspolitik allgemein, bei denen bereits die mittleren 50% der Bewertungen weit streuen.

3.5.2 Einschätzung Alterspolitik der Zukunft

Abschliessend wurden die Befragten gebeten eine Einschätzung vorzunehmen, wie wichtig die einzelnen alterspolitischen Themenfelder für die ältere Bevölkerung der Gemeinde in der Zukunft sein werden. Auch hier wurde im Fragebogen mit einer Skala von -5 bis +5 gearbeitet. 143 Personen beantworteten diese Fragen. Zusammenfassend schätzen die Befragten ein, dass in Zukunft vor allem die Bereiche gesellschaftliches Leben (Mittelwert 2.7), Kommunikation und Information (Mittelwert 2.7) und Gesundheit (Mittelwert 2.6) wichtig sein werden. Doch nicht nur diesen Bereichen, sondern auch sämtlichen anderen Bereichen wurde eine relativ hohe Priorität eingeräumt. Nur das Themenfeld Alterspolitik (Mittelwert 1.6) erreichte einen kleineren Mittelwert als 2. Aber auch diese Bereiche befinden sich noch oberhalb des Grenzwertes von 0, unterhalb dem einem Thema eine sehr beschränkte zukünftige Relevanz zugesprochen würde.

Einen Vergleich der Gemeinden im Gesamten mit den Gemeinden nach Raumtyp ist in der Abbildung 13 ersichtlich. Ein Mittelwertsvergleich zeigt, dass bei Gemeinden aus dem städtischen Raumtyp die Einschätzungen bezüglich der zukünftigen Wichtigkeit der Themen in allen Bereichen ausser der Gesundheit (Mittelwert 2.6) höher liegen. Einzig Gemeinden aus den ländlichen Regionen messen dem Themenfeld Gesundheit zukünftig einen leicht höheren Stellenwert bei (Mittelwert 2.7). In allen Themenbereichen haben Befragte aus dem intermediären Raumtyp die Wichtigkeit in der Zukunft am geringsten eingeschätzt. Auch hier sind die Unterschiede in den genannten Häufigkeiten jedoch so gering, dass sich keine statistische Signifikanz nachweisen lässt.

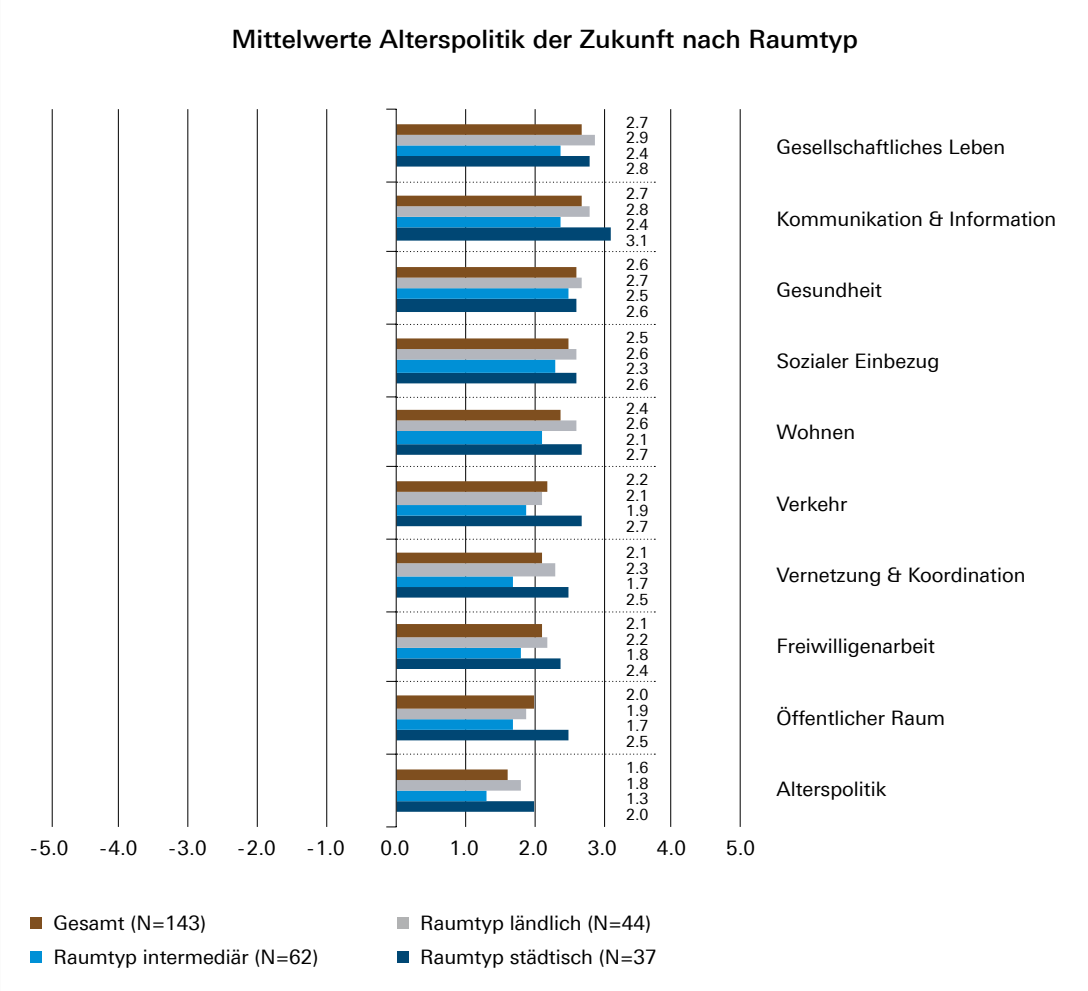


Abbildung 13: Mittelwerte Alterspolitik der Zukunft nach Raumtyp

Ergänzend kann auch hier die Streuung der Daten betrachtet werden (vgl. Abbildung 14). In allen Themenbereichen ausser der Freiwilligenarbeit lassen sich einzelne sehr tiefe oder eher tiefe Bewertungen feststellen, was bedeutet, dass einzelne Gemeinden in diesen Themen vergleichsweise wenig Handlungsbedarf für die Zukunft sehen.

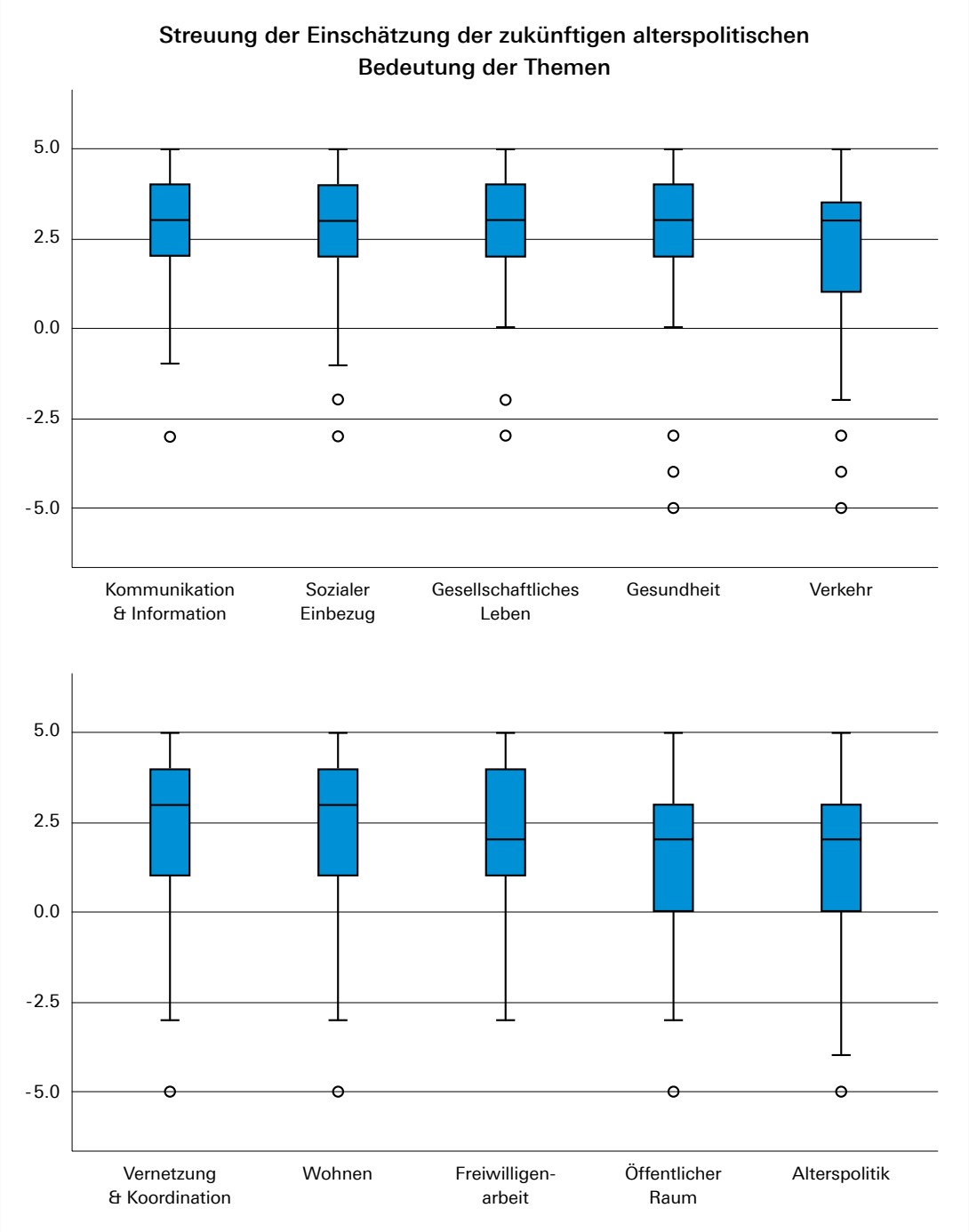


Abbildung 14: Streuung der Einschätzung der zukünftigen alterspolitischen Bedeutung der Themen

Zusammenfassend zeigt sich bei der Selbsteinschätzung der Gemeinden, dass die Abdeckung der Bedürfnisse der älteren Bevölkerung über alle Themenfelder hinweg am besten von den Gemeinden im städischen Raumtypus eingeschätzt wird. Eine Ausnahme bilden die Themen sozialer Einbezug und gesellschaftliches Leben, bei denen ländliche Gemeinden höhere Werte verzeichnen. Was die zukünftige Ausrichtung der Alterspolitik betrifft, würden die Gemeinden aktuell Schwerpunkte beim gesellschaftlichen Leben, der Kommunikation und Information sowie bei der Gesundheit setzen, dicht gefolgt vom sozialen Einbezug und dem Wohnen. Dies sind dieselben Themen, bei denen die Gemeinden schon heute davon ausgehen, dass sie die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung vergleichsmässig gut abdecken. Dies lässt vermuten, dass die Gemeinden schon in der Vergangenheit in die Themen investiert haben, welche sie als alterspolitisch relevant betrachten, und dass für sie diese Themen auch zukünftig von Bedeutung sein werden. Themen, in denen die Einschätzung der aktuelle Abdeckung vergleichsweise deutlich unter der Einschätzung der zukünftigen Bedeutung liegt, sind Themen mit Handlungsbedarf für die Zukunft. Dies sind namentlich Sozialer Einbezug (Partizipation), Vernetzung, Wohnen und Verkehr sowie sowie die Verankerung der kommunalen Alterspolitik.

3.6
Einfluss der Corona Pandemie auf die Alterspolitik der Gemeinden

Die Jahre 2020 und 2021 standen unter dem Einfluss der weltweiten Corona-Pandemie. Die Auswirkungen dieser gesundheitspolitischen Krise auf die Menschen und ihre unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme sind erst zu erahnen. Die vorliegende Bestandesaufnahme adressiert die Frage, inwiefern Covid-19 die alterspolitische Arbeit der Gemeinden verändert hat. 164 Gemeinden haben sich dazu geäussert. Eine Übersicht über die Themen, welche die Gemeinden angeschnitten haben, findet sich in der nachfolgenden Tabelle 16.

Einfluss von Corona auf die Alterspolitik	Neue Themen	Dinglichere Themen	Zurückgestellte Themen
Sozialer Einbezug	▪ Wie kann man Kontakt aufrecht erhalten zu Personen, die zu Hause bleiben müssen? ▪ Wie kann man verhindern, dass diese Personen vereinsamen?	▪ Wie kann der soziale Austausch zu Personen der Risikogruppe gefördert werden? ▪ Wie können soziale Netze aufgebaut und gepflegt werden? ▪ Wie können ältere Personen erreicht werden?	▪ Gesellschaftliche Anlässe für Seniorinnen und Senioren und die Generationen konnten nicht stattfinden ▪ Geplante Neuangebote konnten nicht weiterentwickelt werden (bspw. Personen mit Demenz treffen Gemeinde X)
Freiwilligenarbeit	▪ Wie können Personen mit Gütern und Lebensmitteln des täglichen Lebens versorgt werden, wenn sie zuhause bleiben müssen? ▪ Wie kann der Mahlzeitendienst weiter aufrecht erhalten werden? ▪ Einsatz von Personen 65+ als Freiwillige fällt weg: Wie können diese ersetzt werden? ▪ Wie kann der Fahrdienst aufrecht erhalten werden?	▪ Wie kann die Nachbarschaftshilfe gefördert und ausgestaltet werden? ▪ Wie kann die Solidarität der Gemeindemitglieder gestärkt werden?	▪ In Freiwilligenprojekte unterschiedlicher Themen konnte weniger Zeit investiert werden

Einfluss von Corona auf die Alterspolitik	Neue Themen	Dinglichere Themen	Zurückgestellte Themen
Gesundheit	▪ Wie kann man verhindern, dass Personen, die zu Hause bleiben müssen, vereinsamen? ▪ Wie kann man die psychische Gesundheit aufrecht erhalten? ▪ Wie kann Schutz gewährleistet werden? ▪ Welche Sicherheitskonzepte braucht es? ▪ Wie können Neueintritte in Alters- und Pflegeheime vermieden werden? ▪ Wie kann die Sicherheit in den Heimen gewährleistet werden, ohne dass die Bewohnenden vereinsamen? ▪ Wie kann man zeitnah impfen, wenn zu wenig Impfstoff vorhanden ist?	▪ Wie kann die schlechte Hausarztversorgung in der Region verbessert werden? ▪ Wie kann die ambulante Versorgung in der Region verbessert werden? ▪ Was kann man tun, um die psychische Gesundheit älterer Personen zuhause zu fördern? ▪ Wie können neue Formen des Dialogs zwischen Bewohnenden in Heimen sowie ihren sozialen Netzen Ausserhalb entstehen?	▪ Themen Demenz und Unterstützung von Angehörigen konnte nicht angegangen werden
Kommunikation & Information	▪ Wie kann die Digitalisierung vorangetrieben werden zwecks Information und Online-Angeboten für die ältere Bevölkerung?	▪ Wie kann eine gute und adressatengerechte Kommunikation zur Bevölkerung gewährleistet werden?	▪ Verzögerung in Umsetzung von Informationsbroschüre
Öffentlicher Raum	▪ Welche Schutzkonzepte braucht es?	▪ Wie können Angebote im öffentlichen Raum sicher durchgeführt werden? ▪ Wie kann die Nachfrage nach einem eigenen Dorfladen gedeckt werden?	
Vernetzung & Koordination		▪ Wie werden neue und bestehende Angebote am besten koordiniert? ▪ Gibt es ausreichende und zielführende Hilfsangebote?	▪ Schaffung einer Alterspolitik mit mehr Vernetzung

Einfluss von Corona auf die Alterspolitik	Neue Themen	Dinglichere Themen	Zurückgestellte Themen
Alterspolitik		▪ Wie kann der Altersleitfaden zeitnah erstellt werden? ▪ Wie und wer kann die vielen Fragen der Bevölkerung beantworten in Zeiten von Unsicherheiten und Angst? ▪ Wie können schnellere Kommunikationswege und Entscheide des Gemeinderats entstehen zur Umsetzung der BAG-Vorgaben? ▪ Wie kann die Teilnahme am demokratischen Prozess gewährleistet werden?	▪ Entwicklung einer Informations- und Anlaufstelle für Altersfragen musste verschoben werden ▪ Schwierigkeit der neu gegründeten Alters-Fachstelle ihre Arbeit aufzunehmen ▪ Anpassung Altersleitbild wurde verschoben ▪ Aufbau regionaler Zusammenarbeit zurückgestellt
Wohnen		▪ Wie können attraktive altersgerechte Wohnungen für alleinstehende ältere Personen oder Ehepaare geschaffen werden, die in Einfamilienhäusern leben?	▪ Wohnbauprojekt mit Wohnbaugenossenschaft für Wohnen im Alter musste verschoben werden

Tabelle 16: Einfluss von Corona auf die Veränderungen in der Alterspolitik der Gemeinden

Zu den Themen, welche an Dringlichkeit gewonnen haben, gehören insbesondere zwei: Die Organisation der Nachbarschaftshilfe bzw. die Versorgung der Risikogruppen mit den Mitteln des täglichen Lebens (Lebensmittel, Medikamente, andere benötigte Güter) sowie die Problematik der sozialen Isolation und Vereinsamung. Die Gemeinden suchten zusammen mit der Zivilgesellschaft und mit Organisationen nach Lösungen, wie die Nachbarschaftshilfe organisiert und mit welchen Massnahmen die Vereinsamung der Personen zu Hause verhindert werden kann, insbesondere auch, weil bestehende Angebote, wie Mittagstische oder gemeinsame Nachmittage, welche auf die soziale Integration abzielen, wegfallen. Als erschwerend hat sich in dieser Situation gezeigt, dass viele der Personen, die normalerweise freiwillig tätig sind, selbst Personen im Alter 65+ sind, und daher ein neues Ungleichgewicht zwischen Personen entstanden ist, die nun Unterstützung brauchen und solchen, die normalerweise Unterstützung leisten. Ganz allgemein haben sich die Gemeinden auch dem Thema Schutz angenommen, indem sie Schutzkonzepte ausgearbeitet haben, um in ihrer Gemeinde (bspw. im öffentlichen Raum) für eine möglichst hohe Sicherheit vor dem Virus zu sorgen. Auch das Thema Digitalisierung wurde von einer Gemeinde angesprochen, also dass die Gemeinde nach Möglichkeiten gesucht hat, die notwendigen Informationen der Bevölkerung über digitale Wege zukommen zu lassen. Ebenso wurde versucht, digitale Angebote für die ältere Bevölkerung bereit zu stellen, da Veranstaltungen mit physischer Präsenz nicht mehr möglich waren. Zudem wurden von einer Gemeinde Unterstützungsangebote für ältere Personen, um Rechnungen online bezahlen zu können, lanciert. Eine andere Gemeinde hat ein weiteres Thema, das den Gesundheitsbereich betrifft, angesprochen: Wie kann vermieden werden, dass es in Zeiten von Ansteckungsgefahr und Besuchrestriktionen zu Neueintritten in Alters- und Pflegeheime kommt?

Auch von einigen anderen Gemeinden wurde die Situation in den Langzeitinstitutionen thematisiert, und zwar in Zusammenhang mit der Frage, wie die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohnern gewährleistet werden kann, ohne dass sie zu stark sozial isoliert werden. Einige Gemeinden geben jedoch auch an, dass sie keine zusätzlichen Massnahmen lanciert haben.

Die Corona-Krise hat zudem in den Gemeinden das Bewusstsein über fehlende Angebote gestärkt. Diese beziehen sich beispielsweise auf die ungenügende Versorgung im Gesundheitsbereich, wie das Angebot an Hausärtztinnen und Hausärtzten oder an ambulanten Diensten. Auch die fehlenden Einkaufmöglichkeiten in der Gemeinde wurden thematisiert oder das fehlende Angebot an attraktivem Alterswohnraum als Alternative zum Verbleib von Einzelpersonen oder Ehepaaren im Alter in einem zu grossen Einfamilienhaus, was schlussendlich mit Problemen der Versorgung und der Einsamkeit verbunden sein kann. Verstärkt sehen sich die Gemeinden mit Fragen konfrontiert, die ihre Rolle als Koordinatorin von neuen und bestehenden Angeboten und als Vermittlerin von Informationen an die Bevölkerung betrifft. Auch stellt sich für eine Gemeinde die Frage, wie überhaupt die Teilnahme am demokratischen Prozess gewährleistet werden kann, wenn beispielsweise keine Gemeindeversammlung stattfindet oder die Leute zu Hause bleiben sollen. Ausserdem wurde grundsätzlich die Frage gestellt, mit welchen Ressourcen der Kontakt zu den vulnerablen Personen der Corona-Krise gehalten werden kann und wie all die Fragen beantwortet werden können, welche in solchen Zeiten der Unsicherheit von der Bevölkerung an die Gemeinde herangetragen werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie berichten die Gemeinden ausserdem von Verzögerungen in der Umsetzung von geplanten Projekten für die ältere Bevölkerung, von Massnahmen zur Optimierung oder Neuausgestaltung der Alterspolitik, wie die Entwicklung regionaler Zusammenarbeiten, der Aktualisierung des Altersleitbilds, der Zurückstellung von Wohnprojekten für ältere Personen oder der Verzögerung von Informationsbroschüren der Gemeinde. Am häufigsten wurde jedoch bedauert, dass weniger Zeit in Freiwilligenarbeit einfliessen konnte, da viele der Freiwilligen selbst im Alter von 65+ waren oder die zur Verfügung stehende Zeit von berufstätigen Personen teils stark durch Auswirkungen der Pandemie beeinträchtigt war. Als besonders gravierend für die ältere Bevölkerung wurde zudem die Tatsache empfunden, dass fast alle Anlässe und Veranstaltungen, welche dem sozialen Austausch und Einbezug ins gesellschaftliche Leben der Gemeinde dienen würden, nicht durchgeführt werden konnten.

Zusammenfassend konnte in diesem Kapitel gezeigt werden, wie gewisse Unterstützungsbedürfnisse der älteren Bevölkerung durch die Corona-Pandemie für die Gemeinden an Dringlichkeit gewonnen haben, und wie die Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung und Organisationen innerhalb von kurzer Zeit Schutzkonzepte und Dienstleistungsangebote auf- und ausgebaut haben, um die notwendigen Hilfestellungen für die Alltagsbewältigung zur Verfügung zu stellen und der Gefahr der sozialen Isolation entgegenzuwirken. Die Pandemie hat aber auch deutlich gemacht, welche Bedeutung ältere Personen für das gesellschaftliche Leben in den Gemeinden haben. Freiwilligeneinsätze, welche zu einem Grossteil von der älteren Bevölkerung getragen wurden, standen nun nicht mehr zur Verfügung, was die Unterstützungsangebote in den Gemeinden gerade zu Zeiten, in denen sie besonders gefragt waren, deutlich geschmälert hat.

3.7
Entwicklungen in der Alterspolitik seit 2017

In diesem Kapitel wird ein Vergleich zu den Resultaten der Befragung der Fachstelle Alter des kantonalen Sozialdienstes, Departement Gesundheit und Soziales von 2017 gezogen (vgl. Bericht Alterspolitik in den Aargauer Gemeinden). Dabei wird den Fragen nachgegangen, ob die Gemeinden aktiver geworden sind in der Alterspolitik und ob sich die Art und Weise, wie sie der Alterspolitik nachgehen, verändert hat. Ein Schwerpunkt der Befragung 2017 lag auf dem Bereich Wohnen im Alter. Auch in der aktuellen Befragung wurden die Gemeinden gebeten, Projekte und Massnahmen und allgemeine Anliegen im Bereich Wohnen zu nennen. Dies erlaubt es, die Entwicklung der Alterspolitik im Bereich Wohnen aufzuzeigen. Als letztes wurden die Gemeinden zu beiden Befragungszeitpunkten gebeten einzuschätzen, welche alterspolitischen Themen in Zukunft an Wichtigkeit gewinnen werden. Bestätigt sich der Trend von 2017 oder lässt sich 2021 eine Trendwende erahnen?

Vorab soll eine Gegenüberstellung der beiden Stichproben beziehungsweise Befragungen von 2017 und 2020/2021 helfen einzuschätzen, inwiefern die Ergebnisse vergleichbar sind. Als erstes muss festgehalten werden, dass der Fragebogen von 2017 viel kürzer war als der aktuelle Fragebogen, die Teilnahme war 2017 daher niederschwelliger. Es ist deshalb zu prüfen, ob es bei der diesjährigen Befragung zu einer selektiven Verzerrung gekommen ist, insofern, dass Gemeinden, welche alterspolitisch weniger aktiv sind, und/oder Gemeinden, bei denen keine (designierte) Person mit einem einfachen Zugang zu den notwenigen Informationen zur Verfügung stand, verstärkt von einer Teilnahme abgesehen haben. Dies hätte zur Folge, dass die Resultate der aktuellen Befragung auf ein leicht höheres alterspolitisches Aktivitätsniveau hinweisen würden als dass es tatsächlich in allen Gemeinden des Kantons Realität ist. Mit Blick auf den Anteil Antworten pro Gemeindegrösse lässt sich jedoch feststellen, dass in der Befragung von 2017 Gemeinden mit einer tieferen Einwohnerzahl einen deutlich tieferen Rücklauf erzielt haben (74% bei Gemeinden bis 2000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. 78% bei Gemeinden mit einer Grösse von 2001-5000 Personen) als die grösseren Gemeinden des Kantons (91% bei Gemeindegrösse 5001-10000 Personen und 100% bei Gemeinden mit >10000 Einwohnenden), was auch damals möglicherweise zu einer leichten Verzerrung der Daten in dieselbe Richtung geführt haben könnte wie heute. Bei der diesjährigen Befragung konnte zwar keine insgesamt höhere Rücklaufquote erzielt werden, denn es haben etwa gleich viele Gemeinden an der Befragung teilgenommen wie 2017, doch haben insbesondere die eher kleineren Gemeinden (2001-5000 Einwohnenden) mit einer Rücklaufquote von fast 85% häufiger an der Befragung teilgenommen als noch vor ein paar Jahren. Dafür ist die Rücklaufquote bei den grösseren und ganz grossen Gemeinden zurückgegangen, was für die aktuelle Befragung jedoch eine Angleichung der Teilnahmequote in den unterschiedlichen Gemeindegrössen bedeutet.

3.7.1 Gegenüberstellung der Ausgestaltung der Alterspolitik von 2017 und 2020/2021

Vor rund vier Jahren haben fast die Hälfte der Gemeinden (48%), die an der Befragung teilgenommen haben, angegeben, keine aktive Alterspolitik zu betreiben. Von den 87 Gemeinden, welche alterspolitisch aktiv waren, schätzten 16% ihre Aufgabe darin ein, eine wichtige Koordinationsfunktion einzunehmen. 13% gaben an, Projekte im Altersbereich durchzuführen und weitere 10% sich mit der Umsetzung ihres Altersleitbildes zu befassen. Ein Blick auf die Befragung von 2020/2021 zeigt, dass sich mehr Gemeinden des Kantons Aargau alterspolitisch engagieren. Nur rund 35% der antwortenden 164 Gemeinden geben an, dass es in ihrer Gemeinde keine aktive Alterspolitik gibt. Dies heisst, die Anzahl der Gemeinden, welche alterspolitisch nicht tätig sind, hat sich von etwa der Hälfte der Gemeinden auf einen Drittel der Gemeinden reduziert. Die Alterspolitik scheint daher in den Gemeinden des Kantons Aargau an Gewichtung gewonnen zu haben.

Rund 40% der Gemeinden geben aktuell an, altersspezifische Dienstleistungen, Projekte und Aktivitäten anzubieten, und weitere 7% der Gemeinden berichten über andere Massnahmen und Instrumente zuhanden der älteren Bevölkerung. Auch hier lässt sich eine sehr deutliche Zunahme der alterspolitischen Aktivität der Gemeinden feststellen. Während 2017 8% der Gemeinden über eine Senioren- oder Alterskommission verfügten, geben heute 19% der Gemeinden an, alterspolitische Fragestellungen an eine solche Kommission delegieren zu können. Was das Altersleitbild betrifft, waren vor vier Jahren 10% der Gemeinden mit dessen Umsetzung beschäftigt. Heute berichten insgesamt 27% der Gemeinden, dass sie ein regionales oder kommunales Altersleitbild erarbeitet haben. Zusammenfassend kann man also sagen, dass die Alterspolitik in den Gemeinden im Vergleich zu 2017 in allen vergleichbaren Bereichen ausgebaut wurde. Eine Übersicht ist der Abbildung 15 zu entnehmen.

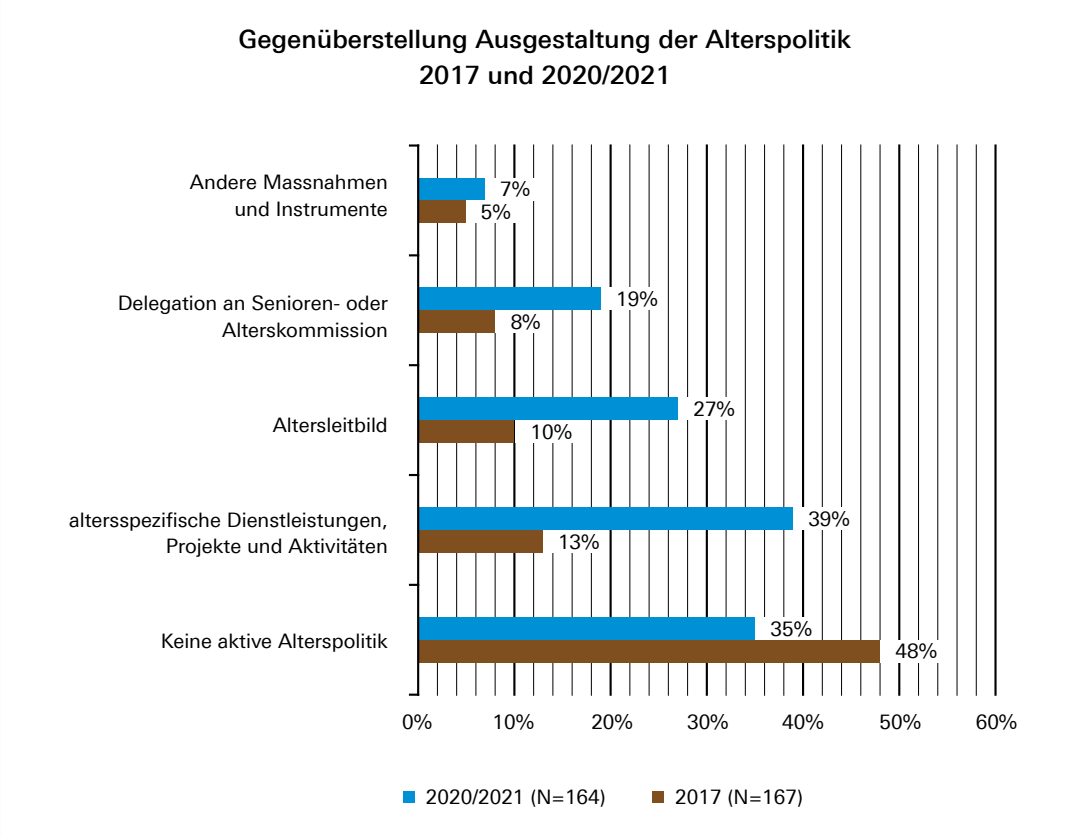


Abbildung 15: Gegenüberstellung Ausgestaltung der Alterspolitik 2017 und 2020/2021

2017 wurde erhoben, welche Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren angeboten wurden. Dies wurde je nach Gemeindegrösse spezifiziert. Es hat sich gezeigt, dass die meisten Dienstleistungen im Bereich der Pflege angeboten und die ambulante sowie stationäre Gesundheitsversorgung als gesichert betrachtet werden kann. Im Zuge der Corona-Pandemie haben sich aus den Antworten einiger Gemeinden jedoch Hinweise darauf ergeben, dass gerade die ambulante Versorgung durch die Spitex, aber insbesondere auch die Gesundheitsversorgung durch Hausärzte, teilweise noch ausbaufähig wäre.

In der Studie von 2017 haben sich Unterschiede in der Ausgestaltung der Alterspolitik in den unterschiedlichen Gemeindegrössen ergeben. Grössere Gemeinden haben damals öfters mit alterspolitischen Gremien gearbeitet, während mittlere Gemeinden öfters mittels spezifischen Anlässen, wie Mittagstischen, eine Angebotsstruktur für die ältere Bevölkerung aufgebaut haben. In den kleinen Gemeinden hingegen nahm die Vereinstätigkeit eine wichtige Rolle für ältere Personen und ihre Bedürfnisse ein. Wie sieht es heute aus? Da an die Gemeinden nicht genau dieselben Fragen herangetragen wurden wie 2017, lässt sich diese Frage nicht durch einen direkten Datenvergleich beantworten. Doch eine Differenzierung der Antworten von 2020/2021 nach Gemeindegrösse zeigt, dass die Gemeinden mit einer hohen oder sehr hohen Einwohnenden Zahl öfters über formale Elemente der Alterspolitik verfügen wie alterspolitische Legislaturziele, eine institutionalisierte Senioren- oder Alterskommission, ein kommunales oder regionales Altersleitbild oder eine personelle Verankerung in der Alterspolitik (vgl. Tabelle 17). Kleinere Gemeinden hingegen geben häufiger an, keine aktive Alterspolitik zu betreiben. Aufgrund ihrer Gemeindegrösse ist es den kleinen Gemeinden oftmals auch nicht möglich, eine eigene Kommission für Altersfragen zu betreiben oder die Altersthematik in der Gemeinde personell zu verankern. Deutlich öfter hingegen wählen die eher kleinen Gemeinden den Weg, die ältere Bevölkerung systematisch in ihre politischen Entscheide miteinzubeziehen.

Gelebte Alterspolitik über	**bis 2'000 Einwohnende (Kategorie 1)**		**2'001 – 5'000 Einwohnende (Kategorie 2)**		**5'001 – 10'000 Einwohnende (Kategorie 3)**		**> 10'000 Einwohnende (Kategorie 4)**		**gesamthaft**	
altersspezifische Dienstleistungen, Projekte und Aktivitäten	25	32.5%	25	41.7%	8	47.1%	6	60.0%	64	39.0%
Legislaturziele	17	22.1%	29	48.3%	8	47.1%	7	70.0%	61	37.0%
Altersleitbild (kommunal oder regional)	11	14.3%	17	28.3%	8	47.1%	8	80.0%	44	27.0%
Delegation an Senioren- oder Alterskommission	4	5.2%	16	26.7%	6	35.3%	5	50.0%	31	19.0%
Systematischen Einbezug der älteren Bevölkerung in Gemeindepolitik	12	15.6%	13	21.7%	2	11.8%	3	30.0%	30	18.0%
Andere Massnahmen und Instrumente	5	6.5%	5	8.3%		–	1	10.0%	11	7.0%
personelle Verankerung (Altersbeauftragte)	3	3.9%	1	1.7%	1	5.9%	3	30.0%	8	5.0%
Keine aktive Alterspolitik	36	46.8%	16	26.7%	3	17.6%	2	20.0%	57	35.0%
gesamthaft	77		60		17		10		164	

Tabelle 17: Vergleich Alterspolitik der Gemeinden nach Grössen

In der Befragung von 2017 hat sich gezeigt, dass die grossen Gemeinden ein unterdurchschnittliches Angebot an Anlaufs- und Beratungsstellen für das Alter betreiben. Während damals knapp 65% aller Gemeinden über ein solches Angebot verfügten, waren es nur die Hälfte der Gemeinden mit einer Einwohnenden Zahl von über 10'000 Personen. Die Situation heute stellt sich anders dar (vgl. Tabelle 18). In den Gemeinden ab einer Grösse von 5'000 Personen wurde das Angebot an einer eigenen Anlauf- und Beratungsstelle für das Alter kontinuierlich ausgebaut, so dass sie heute überdurchschnittlich oft über eine eigens betriebene Stelle verfügen. Auch der Anteil Gemeinden mit höheren Einwohnenden Zahlen ohne eigene Anlaufstelle ist kleiner als der Anteil Gemeinden mit weniger Einwohnenden, die keine Beratungs- oder Anlaufstelle betreiben.

Anlauf- und Beratungsstellen	bis 2'000 Einwohnende (Kategorie 1)		2'001 – 5'000 Einwohnende (Kategorie 2)		5'001 – 10'000 Einwohnende (Kategorie 3)		> 10'000 Einwohnende (Kategorie 4)		gesamthaft	
Leistungsvertrag mit Pro Senectute	37	50.0%	37	41.7%	9	52.9%	7	70.0%	90	55.0%
Leistungsvertrag mit anderer Organisation	21	28.0%	14	23.3%	2	11.8%	1	10.0%	38	23.0%
Anlauf- und Beratungsstelle in kommunaler Verwaltung	6	8.0%	5	8.3%	4	23.5%	2	20.0%	17	10.0%
Anlauf- und Beratungsstelle durch Freiwillige	4	5.3%	1	1.7%	1	5.9%		–	6	4.0%
Keine Anlauf- und Beratungsstelle	7	9.3%	3	5.0%	1	5.9%		–	11	7.0%
gesamthaft	75	100%	60	100%	17	100%	10	100%	162	100%

Tabelle 18: Vergleich Anlauf- und Beratungsstellen der Gemeinden nach Grössen

3.7.2 Wohnen im Alter als Schwerpunktsthema

Die Umfrage von 2017 hatte unter anderem auch zum Ziel, die Angebote sowie die Rollen der Gemeinden im Bereich Wohnen im Alter zu eruieren. In 52% der Gemeinden wurde damals gesagt, dass keine Angebote im Bereich Alterswohnen vorhanden seien. Das meiste Wohnangebot für ältere Personen war in den grossen und teilweise auch in den mittleren Gemeinden angesiedelt, während ältere Personen in kleineren Gemeinden, die auf der Suche nach altersgerechtem Wohnraum waren mangels Angebot in der eigenen Gemeinde oftmals einen Umzug in eine grössere Nachbargemeinde in Kauf nehmen mussten. In der Befragung vor vier Jahren hat sich aber auch gezeigt, dass diejenigen kleinen Gemeinden, die über ein Angebot im Bereich Alterswohnen verfügen, selbst aktiv geworden sind; sei dies als Landeigentümerinnen, Bauherren, durch eine verbilligte Landabgabe, durch die Verabschiedung einer entsprechenden Nutzungsordnung oder anderen Massnahmen zur Förderung von altersgerechtem Wohnraum. Schon 2017 hat sich abgezeichnet, dass auch mittlere Gemeinden immer aktiver werden, um der Nachfrage nach altersgerechtem Wohnraum gerecht zu werden, was in grösseren Gemeinden nicht notwendig erschien, da das Angebot auch von privaten Anbietern abgedeckt wurde.

Wie sieht die Situation heute aus? Auf die Frage, welche Bereiche die Alterspolitik in ihrer Gemeinde abdeckt, haben mit 55 der 107 Gemeinden, welche diese Frage beantwortet habe, rund 50% auf das Thema Wohnen verwiesen. In den kleineren Gemeinden mit einer Einwohnenden Zahl von bis zu 5'000 Personen sind es jedoch weniger Gemeinden, bei denen der Bereich Wohnen alterspolitisch abgedeckt wird: Nur 43% der kleineren Gemeinden engagieren sich beim Alterswohnen während es 82% der Gemeinden mit 5'000-10'000 Einwohnenden bzw. 80% der Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnenden sind. Massnahmen, welche Wohnangebote und das selbständige Wohnen für ältere Personen fördern, werden also deutlich öfters in den mittleren und grossen Gemeinden verfolgt, als in den Gemeinden mit kleiner Einwohnenden Zahl.

Ein weiterer Indikator, welcher auf die Tätigkeit von Gemeinden im Bereich Alterswohnen in der Befragung von 2020/2021 hinweist, ist die Frage, ob die Gemeinden Dienstleistungen im Bereich Wohnen im Alter anbieten. Es zeigt sich diesbezüglich, dass Gemeinden mit einer Grösse bis 2'000 Personen zu 15.6% ein Dienstleistungsangebot im Bereich des altersgerechten Wohnens anbieten, Gemeinden zwischen 2'000 und 5'000 Bewohnenden zur Hälfte ein solches Angebot aufweisen, und Gemeinden zwischen 5'000 und 10'000 Personen in 88% der Fälle Wohnen im Alter abdecken. Alle 10 grössten Gemeinden des Aargaus bieten ihren Einwohnenden Dienstleistungen für altersgerechtes Wohnen an. Es zeigt sich also ein klarer Unterschied nach Gemeindegrösse: Je kleiner die Gemeinde ist, umso weniger hoch ist die Wahrscheinlichkeit für eine ältere Person, vor Ort ein Angebot in Bezug auf Wohnen im Alter vorzufinden.

Als weitere Möglichkeit, Wohnen im Alter zu fördern, steht den Gemeinden die Unterstützung von Initiativen durch Fremdanbieter zur Verfügung. Auch hier sind es die Gemeinden mit einer mittleren Einwohnenden Zahl (5'001-10'000 Bewohnende), welche zu 41% diesen Weg der Alterswohnförderung wählen. Die grössten Gemeinden unterstützen Initiativen von Privaten oder öffentlichen Institutionen nur sehr begrenzt (10% der Gemeinden), und auch die kleinsten und eher kleinen Gemeinden tun dies sehr selten (2.6% bei den Gemeinden unter 2'000 Bewohnenden und 13.3% bei den Gemeinden mit einer Gemeindegrösse 2'001-5'000 Personen).

3.7.3 Einschätzung der Alterspolitik der Zukunft – 2017 versus 2020/2021

In der Befragung von 2017 wurden die Gemeinden gebeten die Themen zu nennen, die ihrer Meinung nach zukünftig die wichtigsten Handlungsfelder der regionalen Altersarbeit darstellen werden. In der Befragung von 2020/2021 wurden die Gemeinden erneut aufgefordert die unterschiedlichen Themenfelder der Alterspolitik nach ihrer Wichtigkeit für die Zukunft einzuschätzen. Folgende fünf Themen wurden sowohl damals als die wichtigsten eingeschätzt, und sind es auch heute, vier Jahre später, noch (vgl. Tabelle 18): Kommunikation und Information als wichtigstes zukünftiges Handlungsfeld der kommunalen Alterspolitik (hat seit 2017 einen Rang gewonnen); die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens (2017 unter dem Sonderaspekt der Förderung generationenverbindender Projekte auf Rang 4 genannt); Gesundheit (2017 unter ambulante und stationäre Gesundheitsversor gung sowie medizinische Grundversorgung auf den Rängen 3 und 5), der Soziale Einbezug auf Platz 4 (neues Thema) sowie Wohnen im Alter auf Platz 5 der wichtigsten alterspolitischen Themen (wurde von Platz 1 in 2017 auf Platz 5 in der aktuellen Befragung verdrängt). Dass Wohnen im Alter 2017 jedoch das Schwerpunktthema der Befragung darstellte, könnte damals jedoch einen Einfluss auf die Einschätzung des Themas als besonders wichtig ausgeübt haben. Dass das Thema Wohnen auch heute noch einen vergleichbaren Stellenwert zu 2017 geniesst, darauf deutet auch die Tatsache hin, dass dieser Themenbereich mehr aktuell laufende Projekte zu verzeichnen weiss als dass über Projekte berichtet wurde, die in der Vergangenheit durchgeführt wurden (vgl. Tabelle 14).

Da die Jahre 2020 und 2021 stark von der gesundheitspolitischen Situation mit COVID-19 geprägt waren und die Auswirkungen der Pandemie wohl auch noch zukünftig spürbar sein werden, kann die zugenommene Wichtigkeit einer guten Informations- und Kommunikationspolitik, die höhere Dringlichkeit einer Neuausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens sowie des Sozialen Einbezugs der Risikogruppen verstanden werden. Insbesondere, da dies bei erhöhtem Gesundheitsrisiko in öffentlichen Räumen und Veranstaltungen sowie der andauernden Relevanz von gesundheitspolitischen Fragestellungen, auch als Reaktion auf die gesundheitspolitische Situation verstanden werden kann.

Rang	2017	2020/2021
1	Wohnen im Alter	Kommunikation und Information
2	Informationen für ältere Bewohnende	Gesellschaftliches Leben
3	Ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung	Gesundheit
4	Generationenverbindende Projekte	Sozialer Einbezug
5	Medizinische Grundversorgung	Wohnen

Tabelle 19: Rangfolge der wichtigsten fünf Themen für die Alterspolitik im Vergleich zwischen 2017 und 2020/2021

Fazit

Wie schon im Jahr 2017 haben auch 2020/2021 über 160 Gemeinden des Kantons Aargau über ihre Alterspolitik Auskunft gegeben. Sowohl ländliche, als auch intermediäre und städtische Gemeinden haben gleichermassen an der Befragung teilgenommen und damit einen wichtigen Beitrag geleistet, dass der Kanton seine Dienstleistungen kontinuierlich an die Bedürfnisse der kommunalen Alterspolitik anpassen kann.

Die Befragung hat gezeigt, dass die Alterspolitik von einer Mehrheit der Gemeinden als wichtig eingeschätzt wird. Fast zwei Drittel der Gemeinden ordnen die Alterspolitik auf einer 10er Skala mit 7 oder mehr Punkten als wichtiger oder sehr wichtig ein. Dieser Einschätzung entspricht auch, dass eine ähnlich hohe Anzahl der Gemeinden alterspolitisch aktiv ist. Nur 35% der Befragten geben an, dass ihre Gemeinde über keine Alterspolitik verfügt.

Alterspolitik wird in den Gemeinden in erster Linie über spezifische Projekte und Dienstleistungen definiert, am zweithäufigsten über Legislaturziele und, an dritter Stelle, über ein regionales oder kommunales Altersleitbild. Thematisch decken die Gemeinden inbesondere kommunikative und informative Aspekte im alterspolitischen Bereich ab, durch die Corona-Pandemie beeinflusst hat aber auch die altersgerechte Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens und die Kommunikation und Information der älteren Bevölkerung an Bedeutung gewonnen.

Die Auswertungen zeigen, dass es Unterschiede in der Ausprägung der kommunale Alterspolitik je nach Gemeindetypen gibt. Im ländlichen Raum ist Vernetzung und Koordination ein Thema, welches viele Gemeinden beschäftigt. Nicht nur im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, sondern auch zwischen Akteuren innerhalb der Gemeinde. Das gesellschaftliche Leben ist als Thema bei den ländlichen Gemeinden bereits am besten abgedeckt, dies zum Beispiel auch aufgrund der breitgefächerten Vereinstätigkeiten. Gemeinden des intermediären Raumtyps betreiben zu 48% keine aktive Alterspolitik, dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung oft die Angebote der städtischen Nachbarsgemeinden nutzen kann. Das Thema Wohnen im Alter wird jedoch von allen befragten intermediären Gemeinden als wichtiges Thema angegeben und wird auch rege bearbeitet. Aktuell wird eingeschätzt, dass der Bedarf in diesem Bereich von Gemeinden im intermediären Raumtyp knapp gedeckt wird. In Zukunft wird dies jedoch noch stark an Bedeutung gewinnen. Städtische Gemeinden haben mit 46% am meisten Altersleitbilder und somit die Alterspolitik strukturell verankert. Grosser Bedarf besteht gemäss den beantwortenden städtischen Gemeinden beim sozialen Einbezug, also zum Beispiel der Etablierung von Alterskommissionen, oder weiteren partizipativen Projekten.

Lücken in der alterspolitischen Bearbeitung bestimmter Themen finden sich laut Aussagen der Gemeinden insbesondere im Bereich der Vernetzung und Koordination von Angeboten, doch auch in den Bereichen Verkehr und Wohnen konnten die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung bisher noch nicht genügend gut abgedeckt werden. Als wichtigste zukünftige Handlungsfelder der kommunalen Alterspolitik werden die Kommunikation und Information, das gesellschaftliche Leben und sozialer Einbezug, die Gesundheit, das Wohnen sowie die Verankerung der kommunalen Alterspolitik gesehen.

Verzeichnisse

5.1
Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Teilnehmende Gemeinden nach Raumtyp 9
Abbildung 2: Teilnehmende Gemeinden nach Anzahl Einwohnende 9
Abbildung 3: Teilnahme der städtischen, ländlichen und periurbanen Gemeinden im Vergleich 10
Abbildung 4: Teilnahme der Gemeinden nach Einwohnendenzahl im Vergleich 11
Abbildung 5: Übersicht über die umgesetzten alterpolitischen Massnahmen in den Gemeinden 14
Abbildung 6: Anlauf- und Beratungsstelle für Altersfragen gemäss Pflegegesetz § 18 16
Abbildung 7: Wichtigkeit der Alterspolitik in den Gemeinden 19
Abbildung 8: Wordcloud «anderer» bearbeitete Themen der Alterspolitik in den Gemeinden 21
Abbildung 9: Wordcloud «anderer» Dienstleistungen in den Gemeinden 23
Abbildung 10: Wordcloud Zusammenarbeitsthemen zwischen verschiedenen Gemeinden 27
Abbildung 11: Mittelwerte Abdeckung alterspolitischer Themen in den Gemeinden nach Raumtyp 31
Abbildung 12: Streuung der Abschätzungen zur Abdeckung der alterspolitischen Themen 32
Abbildung 13: Mittelwerte Alterspolitik der Zukunft nach Raumtyp 33
Abbildung 14: Streuung der Einschätzung der zukünftigen alterspolitischen Bedeutung der Themen 34
Abbildung 15: Gegenüberstellung Ausgestaltung der Alterspolitik 2017 und 2020/2021 40

5.2
Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stichprobe: Funktion in der Gemeinde 8
Tabelle 2: Übersicht über die Teilnahmebereitschaft nach Raumtyp 10
Tabelle 3: Teilnahmebereitschaft gemäss Gemeindegrösse 11
Tabelle 4: Teilnahmbereitschaft in den Bezirken 12
Tabelle 5: Zuständige Stelle für die Alterspolitik innerhalb der Verwaltung 13
Tabelle 6: Vergleich Alterspolitik der Gemeinden nach Raumtyp 15
Tabelle 7: Vergleich Anlauf- und Beratungsstellen der Gemeinden nach Raumtyp 17
Tabelle 8: Kreuztabelle Altersleitbilder/Legislaturziele 17
Tabelle 9: Kreuztabelle Altersleitbild/alterspolitische Projekte 18
Tabelle 10: Kreuztabelle Alterspolitische Legislaturziele/alterspolitische Projekte 18
Tabelle 11: Vergleich Themen der Alterspolitik der Gemeinden nach Raumtyp 21
Tabelle 12: Vergleich Angebot an alterspolitischen Dienstleistungen der Gemeinden nach Raumtyp 22
Tabelle 13: Vergleich alterspolitische Projekte der Gemeinden nach Raumtyp 23
Tabelle 14: Umsetzungsmassnahmen in den Themengebieten 26
Tabelle 15: Regionale Zusammenarbeit in den Themengebieten 26
Tabelle 16: Einfluss von Corona auf die Veränderungen in der Alterspolitik der Gemeinden 37
Tabelle 17: Vergleich Alterspolitik der Gemeinden nach Grössen 41
Tabelle 18: Vergleich Anlauf- und Beratungsstellen der Gemeinden nach Grössen 42
Tabelle 19: Rangfolge der wichtigsten fünf Themen für die Alterspolitik im Vergleich zwischen 2017 und 2020/2021 44

5.3
Literaturverzeichnis

BFS (2017). Räumliche Gliederung [Website]. Abgerufen von www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/raeumliche-analysen/raeumliche-gliederungen.html

Departement Gesundheit und Soziales, Kantonaler Sozialdienst, Fachstelle Alter (2017). Bericht Alterspolitik in den Aargauer Gemeinden [PDF]. Abgerufen von www.ag.ch/de/kommunale_alterspolitik.jsp

Anhang

6.1

Überblick Zuteilung der einzelnen Gemeinden zu Raumtyp und Gemeindegrösse

Bundesamt für Statistik, Stand per 31. Dezember 2019

Gemeinde	Bezirk	Gesamt-bevölkerung	Kategorie Gemeindegrösse[2]	Raumtyp
Aarau	Aarau	21’743	4	Städtisch
Aarburg	Zofingen	8’362	3	Städtisch
Abtwil	Muri	966	1	Intermediär
Ammerswil	Lenzburg	724	1	Intermediär
Aristau	Muri	1’488	1	Intermediär
Arni (AG)	Bremgarten	1’870	1	Ländlich
Auenstein	Brugg	1’606	1	Ländlich
Auw	Muri	2’148	2	Intermediär
Bad Zurzach	Zurzach	4’368	2	Ländlich
Baden	Baden	19’578	4	Städtisch
Baldingen	Zurzach	267	1	Ländlich
Beinwil (Freiamt)	Muri	1’175	1	Ländlich
Beinwil am See	Kulm	3’339	2	Städtisch
Bellikon	Baden	1’554	1	Ländlich
Bergdietikon	Baden	2’833	2	Städtisch
Berikon	Bremgarten	4’757	2	Städtisch
Besenbüren	Muri	626	1	Intermediär
Bettwil	Muri	636	1	Ländlich
Biberstein	Aarau	1’592	1	Ländlich
Birmenstorf (AG)	Baden	2’986	2	Ländlich
Birr	Brugg	4’587	2	Ländlich
Birrhard	Brugg	759	1	Ländlich
Birrwil	Kulm	1’148	1	Intermediär
Böbikon	Zurzach	171	1	Ländlich
Boniswil	Lenzburg	1’479	1	Intermediär
Boswil	Muri	2’871	2	Ländlich
Bottenwil	Zofingen	807	1	Intermediär
Böttstein	Zurzach	3’916	2	Städtisch
Bözberg	Brugg	1’645	1	Intermediär
Bözen	Brugg	803	1	Intermediär
Bremgarten (AG)	Bremgarten	8’218	3	Städtisch
Brittnau	Zofingen	3’948	2	Städtisch
Brugg	Brugg	11’204	4	Städtisch
Brunegg	Lenzburg	876	1	Ländlich
Buchs (AG)	Aarau	7’965	3	Städtisch
Bünzen	Muri	1’104	1	Intermediär
Burg (AG)	Kulm	1’004	1	Städtisch
Büttikon	Bremgarten	975	1	Ländlich
Buttwil	Muri	1’243	1	Intermediär
Densbüren	Aarau	724	1	Intermediär
Dietwil	Muri	1’335	1	Intermediär
Dintikon	Lenzburg	2’254	2	Ländlich

[2] bis 2’000 Einwohnende (Kategorie 1), 2’001 – 5’000 Einwohnende (Kategorie 2), 5’001 – 10’000 Einwohnende (Kategorie 3), > 10’000 Einwohnende (Kategorie 4)

Gemeinde	Bezirk	Gesamt-bevölkerung	Kategorie Gemeindegrösse[2]	Raumtyp
Dottikon	Bremgarten	3’885	2	Ländlich
Döttingen	Zurzach	4’149	2	Städtisch
Dürrenäsch	Kulm	1’261	1	Intermediär
Effingen	Brugg	620	1	Ländlich
Eggenwil	Bremgarten	1’038	1	Ländlich
Egliswil	Lenzburg	1’477	1	Intermediär
Ehrendingen	Baden	4’842	2	Ländlich
Eiken	Laufenburg	2’301	2	Ländlich
Elfingen	Brugg	295	1	Intermediär
Endingen	Zurzach	2’563	2	Ländlich
Ennetbaden	Baden	3’510	2	Städtisch
Erlinsbach (AG)	Aarau	4’247	2	Städtisch
Fahrwangen	Lenzburg	2’273	2	Intermediär
Fischbach-Göslikon	Bremgarten	1’616	1	Ländlich
Fisibach	Zurzach	513	1	Ländlich
Fislisbach	Baden	5’556	3	Städtisch
Freienwil	Baden	1’042	1	Ländlich
Frick	Laufenburg	5’607	3	Ländlich
Full-Reuenthal	Zurzach	883	1	Ländlich
Gansingen	Laufenburg	1’052	1	Intermediär
Gebenstorf	Baden	5’460	3	Städtisch
Geltwil	Muri	222	1	Intermediär
Gipf-Oberfrick	Laufenburg	3’650	2	Ländlich
Gontenschwil	Kulm	2’150	2	Intermediär
Gränichen	Aarau	7’987	3	Städtisch
Habsburg	Brugg	423	1	Intermediär
Hägglingen	Bremgarten	2’441	2	Ländlich
Hallwil	Lenzburg	877	1	Intermediär
Hausen (AG)	Brugg	3’646	2	Städtisch
Hellikon	Rheinfelden	785	1	Ländlich
Hendschiken	Lenzburg	1’308	1	Intermediär
Herznach	Laufenburg	1’578	1	Ländlich
Hirschthal	Aarau	1’612	1	Ländlich
Holderbank (AG)	Lenzburg	1’377	1	Städtisch
Holziken	Kulm	1’476	1	Ländlich
Hornussen	Laufenburg	981	1	Intermediär
Hunzenschwil	Lenzburg	4’042	2	Ländlich
Islisberg	Bremgarten	630	1	Ländlich
Jonen	Bremgarten	2’181	2	Ländlich
Kaiseraugst	Rheinfelden	5’537	3	Städtisch
Kaiserstuhl	Zurzach	418	1	Intermediär
Kaisten	Laufenburg	2’683	2	Intermediär
Kallern	Muri	387	1	Intermediär
Killwangen	Baden	2’058	2	Städtisch
Kirchleerau	Zofingen	873	1	Ländlich
Klingnau	Zurzach	3’542	2	Städtisch
Koblenz	Zurzach	1’685	1	Intermediär
Kölliken	Zofingen	4’569	2	Ländlich
Künten	Baden	1’789	1	Intermediär

Gemeinde	Bezirk	Gesamt-bevölkerung	Kategorie Gemeindegrösse[2]	Raumtyp
Küttigen	Aarau	6’276	3	Städtisch
Laufenburg	Laufenburg	3’682	2	Intermediär
Leibstadt	Zurzach	1’377	1	Ländlich
Leimbach (AG)	Kulm	473	1	Intermediär
Lengnau (AG)	Zurzach	2’789	2	Ländlich
Lenzburg	Lenzburg	10’829	4	Städtisch
Leuggern	Zurzach	2’135	2	Intermediär
Leutwil	Kulm	761	1	Intermediär
Lupfig	Brugg	3’141	2	Ländlich
Magden	Rheinfelden	3’889	2	Ländlich
Mägenwil	Baden	2’121	2	Ländlich
Mandach	Brugg	334	1	Intermediär
Meisterschwanden	Lenzburg	2’959	2	Intermediär
Mellikon	Zurzach	226	1	Ländlich
Mellingen	Baden	5’773	3	Ländlich
Menziken	Kulm	6’497	3	Städtisch
Merenschwand	Muri	3’616	2	Intermediär
Mettauertal	Laufenburg	2’034	2	Intermediär
Möhlin	Rheinfelden	11’062	4	Ländlich
Mönthal	Brugg	395	1	Intermediär
Moosleerau	Zofingen	898	1	Intermediär
Möriken-Wildegg	Lenzburg	4’502	2	Städtisch
Muhen	Aarau	3’907	2	Intermediär
Mühlau	Muri	1’205	1	Intermediär
Mülligen	Brugg	1’083	1	Ländlich
Mumpf	Rheinfelden	1’558	1	Intermediär
Münchwilen (AG)	Laufenburg	951	1	Städtisch
Murgenthal	Zofingen	3’014	2	Ländlich
Muri (AG)	Muri	8’135	3	Ländlich
Neuenhof	Baden	8’915	3	Städtisch
Niederlenz	Lenzburg	4’772	2	Städtisch
Niederrohrdorf	Baden	4’135	2	Ländlich
Niederwil (AG)	Bremgarten	2’818	2	Ländlich
Oberentfelden	Aarau	8’492	3	Städtisch
Oberhof	Laufenburg	591	1	Intermediär
Oberkulm	Kulm	2’723	2	Intermediär
Oberlunkhofen	Bremgarten	2’039	2	Ländlich
Obermumpf	Rheinfelden	1’046	1	Ländlich
Oberrohrdorf	Baden	4’086	2	Ländlich
Oberrüti	Muri	1’541	1	Intermediär
Obersiggenthal	Baden	8’637	3	Städtisch
Oberwil-Lieli	Bremgarten	2’459	2	Intermediär
Oeschgen	Laufenburg	1’043	1	Ländlich
Oftringen	Zofingen	14’096	4	Städtisch
Olsberg	Rheinfelden	363	1	Intermediär
Othmarsingen	Lenzburg	2’926	2	Intermediär
Reinach (AG)	Kulm	8’776	3	Städtisch
Reitnau	Zofingen	1’553	1	Ländlich
Rekingen (AG)	Zurzach	944	1	Intermediär

Gemeinde	Bezirk	Gesamt-bevölkerung	Kategorie Gemeindegrösse[2]	Raumtyp
Remetschwil	Baden	2’023	2	Ländlich
Remigen	Brugg	1’227	1	Intermediär
Rheinfelden	Rheinfelden	13’524	4	Städtisch
Rietheim	Zurzach	715	1	Ländlich
Riniken	Brugg	1’458	1	Ländlich
Rothrist	Zofingen	9’148	3	Intermediär
Rottenschwil	Muri	911	1	Intermediär
Rudolfstetten-Friedlisberg	Bremgarten	4’520	2	Städtisch
Rüfenach	Brugg	840	1	Ländlich
Rümikon	Zurzach	339	1	Intermediär
Rupperswil	Lenzburg	5’485	3	Intermediär
Safenwil	Zofingen	3’934	2	Ländlich
Sarmenstorf	Bremgarten	2’932	2	Intermediär
Schafisheim	Lenzburg	3’016	2	Ländlich
Schinznach	Brugg	2’262	2	Ländlich
Schinznach-Bad	Brugg	1’350	1	Intermediär
Schlossrued	Kulm	837	1	Intermediär
Schmiedrued	Kulm	1’157	1	Intermediär
Schneisingen	Zurzach	1’485	1	Ländlich
Schöftland	Kulm	4’431	2	Ländlich
Schupfart	Rheinfelden	798	1	Intermediär
Schwaderloch	Laufenburg	684	1	Intermediär
Seengen	Lenzburg	4’086	2	Intermediär
Seon	Lenzburg	5’219	3	Intermediär
Siglistorf	Zurzach	634	1	Intermediär
Sins	Muri	4’290	2	Ländlich
Sisseln	Laufenburg	1’595	1	Ländlich
Spreitenbach	Baden	12’087	4	Städtisch
Staffelbach	Zofingen	1’301	1	Ländlich
Staufen	Lenzburg	3’875	2	Städtisch
Stein (AG)	Rheinfelden	3’145	2	Städtisch
Stetten (AG)	Baden	2’206	2	Ländlich
Strengelbach	Zofingen	4’860	2	Städtisch
Suhr	Aarau	10’443	4	Städtisch
Tägerig	Bremgarten	1’489	1	Ländlich
Tegerfelden	Zurzach	1’196	1	Ländlich
Teufenthal (AG)	Kulm	1’637	1	Intermediär
Thalheim (AG)	Brugg	812	1	Intermediär
Turgi	Baden	3’000	2	Städtisch
Ueken	Laufenburg	882	1	Intermediär
Uerkheim	Zofingen	1’343	1	Intermediär
Uezwil	Bremgarten	491	1	Ländlich
Unterentfelden	Aarau	4’197	2	Städtisch
Unterkulm	Kulm	3’132	2	Intermediär
Unterlunkhofen	Bremgarten	1’470	1	Ländlich
Untersiggenthal	Baden	7’186	3	Städtisch
Veltheim (AG)	Brugg	1’519	1	Ländlich
Villigen	Brugg	2’145	2	Intermediär
Villmergen	Bremgarten	7’436	3	Städtisch

Gemeinde	Bezirk	Gesamt-bevölkerung	Kategorie Gemeindegrösse[2]	Raumtyp
Villnachern	Brugg	1’655	1	Intermediär
Vordemwald	Zofingen	1’977	1	Intermediär
Wallbach	Rheinfelden	1’983	1	Städtisch
Waltenschwil	Muri	2’959	2	Ländlich
Wegenstetten	Rheinfelden	1’046	1	Intermediär
Wettingen	Baden	20’960	4	Städtisch
Widen	Bremgarten	3’773	2	Städtisch
Wiliberg	Zofingen	163	1	Intermediär
Windisch	Brugg	7’607	3	Städtisch
Wislikofen	Zurzach	354	1	Intermediär
Wittnau	Laufenburg	1’324	1	Intermediär
Wohlen (AG)	Bremgarten	16’541	4	Städtisch
Wohlenschwil	Baden	1’598	1	Intermediär
Wölflinswil	Laufenburg	1’040	1	Intermediär
Würenlingen	Baden	4’765	2	Intermediär
Würenlos	Baden	6’498	3	Städtisch
Zeihen	Laufenburg	1’176	1	Ländlich
Zeiningen	Rheinfelden	2’381	2	Ländlich
Zetzwil	Kulm	1’343	1	Intermediär
Zofingen	Zofingen	11’834	4	Städtisch
Zufikon	Bremgarten	4’501	2	Städtisch
Zuzgen	Rheinfelden	866	1	Intermediär

Impressum

Herausgeber
Aargauer Netzwerk Alter und
Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau
Kantonaler Sozialdienst
Departement Gesundheit und Soziales

Autorinnen
Michèle Métrailler, Regula Blaser, Kathy Haas

Berner
Fachhochschule

Begleitgruppe
Christina Zweifel (Departement Gesundheit und Soziales,
Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau)
Brigitte Rüedin, Aargauer Netzwerk Alter
Melanie Borter, Stadt Baden, Koordinationsstelle Altersnetzwerk)
Daniel Studer, VAKA
Pirmin Kaufmann, Pro Senectute Aargau
Konrad Schneider, Aargauischer Seniorenverband

Finanzierung
Verein Aargauer Netzwerk Alter
Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau

Gestaltung
wirkungsStark, Aarau

Bilder
Titelbild: © Le Yen Ha, 2018